

INHALT

| | |
|---|----------|
| I. Einleitung | 4 |
| II. Ausstattung der Behörde | 6 |
| 1. Personalausstattung | 6 |
| 2. Finanzielle Ausstattung der Behörde | 6 |
| 3. Sächliche Ausstattung der Behörde | 7 |
| III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter | 8 |
| 1. Bürgerberatung | 8 |
| 1.1. Beratung von Betroffenen | 8 |
| 1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug | 9 |
| 1.1.2. Rehabilitierung und Entschädigung | 9 |
| 1.1.2.1. Das zweite Änderungsgesetz zu den SED-Unrechtsberei- nigungsgesetzen | 9 |
| 1.1.2.2. Verfolgte Schüler; Ehrenpension | 11 |
| 1.1.2.3. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereini- gungsgesetzen (Stichtag: 31.12. 2000) | 14 |
| 1.1.2.4. Regelungen im vermögensrechtlichen Bereich | 18 |
| 1.1.2.5. Verbesserung der Renten für „Systemnahe“ | 19 |
| 1.1.2.6. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt | 20 |
| 1.1.2.7. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge | 20 |
| 1.1.2.8. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation | 21 |
| 1.1.2.9. Suche nach Häftlingsunterlagen z. B. wegen Gesundheits- schäden | 22 |
| 1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte | 24 |
| 1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS | 24 |
| 2. Zusammenarbeit und Unterstützung | 24 |
| 2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes | 24 |
| 2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes | 24 |
| 2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitie- rung | 25 |

| | | | | | |
|----------|--|----|----------|--|-----|
| 2.1.3. | Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR | 25 | 4.7. | Internet | 69 |
| 2.1.3.1. | Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen | 27 | 5. | Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten | 70 |
| 2.1.3.2. | Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt | 32 | 6. | Informationen zum Stand der Rechtsprechung | 79 |
| 2.1.3.3. | Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften des Landes Sachsen-Anhalt | 34 | 6.1. | Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitierung und zu vermögensrechtlichen Fragen | 79 |
| 2.1.3.4. | Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage) | 37 | 6.1.1. | Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes und der freien Berufe in Sachsen-Anhalt | 79 |
| 2.1.3.5. | Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte) | 42 | 6.1.2. | Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitierung und zum Vermögensrecht | 81 |
| 2.1.4. | Aktualisierung der Auskünfte der Bundesbeauftragten | 44 | 6.1.3. | Stand der Rechtsprechung im Bereich der Abgeordneten, des Öffentlichen Dienstes und der freien Berufe im übrigen Bundesgebiet | 83 |
| 2.2. | Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen | 44 | 6.2. | Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität | 84 |
| 2.3. | Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt | 45 | 6.2.1. | Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung politisch-motivierter und unter Missbrauch politischer Macht begangener Straftaten in der ehemaligen DDR | 84 |
| 2.4. | Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer | 46 | 6.2.2. | Verfahren an den Landgerichten in Sachsen-Anhalt (im Einzelnen) | 87 |
| 2.5. | Die Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Außenstellen ihrer Behörde in Magdeburg und Halle | 47 | 6.2.2.1. | Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer des LG MD (21 Ks 20/97) | 87 |
| 2.6. | Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten | 51 | 6.2.2.2. | Hauptverhandlung wegen Totschlags im Kontrollstreifen vor der 2. Strafkammer (Schwurgericht) des LG Stendal (502 Ks 21/95) | 87 |
| 2.7. | Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung | 51 | 6.2.2.3. | Zwei weitere Verfahren vor dem Landgericht Stendal | 88 |
| 3. | Forschung | 53 | 6.2.3. | Verfahren im übrigen Bundesgebiet | 88 |
| 4. | Öffentlichkeitsarbeit | 55 | 6.2.4. | Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft und der ZERV | 89 |
| 4.1. | Broschüren | 55 | Anhang: | | |
| 4.2. | Veranstaltungen | 60 | 1. | Presseerklärung: Stasi-Unterlagengesetz hat sich bewährt! | 90 |
| 4.2.1. | „Demokratie braucht Erinnerung“ | 60 | 2. | Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. / „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“: Übersicht über Ausstellungen, die ausgeliehen werden können | 91 |
| 4.2.2. | „Leben im geteilten Land. Westliche Lebensweise – Sozialistischer Alltag in den 70er/80er Jahren“ | 61 | 3. | Einschätzungen der Situation unter jugendlichen Skinheads der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle | 95 |
| 4.2.3. | Weitere Veranstaltungen | 62 | 4. | Die Geschichte von Frau Bartuzat | 110 |
| 4.3. | Faltblätter | 66 | 5. | Schicksal des Herrn Baitz | 115 |
| 4.4. | Rundbrief | 67 | | | |
| 4.5. | Wanderausstellungen | 67 | | | |
| 4.6. | Bibliothek | 68 | | | |

I. Einleitung

Das Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagen-Gesetz für Sachsen-Anhalt legt fest, dass die Landesbeauftragte zum 31.3. eines jeden Jahres dem Landtag und der Landesregierung Bericht zu erstatten hat. Hiermit wird der siebente Bericht vorgelegt. Er umfasst den Zeitraum vom 1.4. 2000 bis 31.3. 2001. Als Stichtag für die Angaben zur Überprüfung von Angestellten des öffentlichen Dienstes auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS und den Stand der Bearbeitung verschiedener Anträge wurde aus organisatorischen Gründen der 31.12. 2000 gewählt.

Das Jahr 2000 war geprägt von den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung. Die Opfer und Verfolgten des SED-Regimes hatten spätestens bis zum 3.10. 2000 die Einrichtung einer einheitlichen Pension für in Deutschland aus politischen Gründen verfolgte Menschen erwartet. Ihre Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Der Einsatz von Menschen für die Errichtung demokratischer Strukturen in Ostdeutschland kam in den Feiertagsreden des Deutschen Bundestages gar nicht oder nur am Rande vor, während diese mit Transparenten vor dem Reichstag in Berlin standen. Inzwischen liegt ein Entwurf der CDU-Bundestagsfraktion zur Einrichtung einer Verfolgtenpension vor. Es ist zu hoffen, dass sich die anderen Fraktionen anschließen können. Die Zeit wird kurz und für viele käme schon jetzt eine positive Entscheidung zu spät. Im Berichtszeitraum verstarben neben vielen anderen der Vorsitzende des BSV-Kreisverbandes Magdeburg Günter Anders (am 9.10. 2000) und der Vorsitzende der Gemeinschaft politisch Verfolgter in der SBZ/DDR Wolfgang Fintzel (am 13.2. 2001). Beide haben sich unermüdlich für die Verbesserung der Rehabilitierungsmöglichkeiten und der Information über kommunistisches Unrecht eingesetzt. Ihnen soll an dieser Stelle noch einmal gedankt werden. Eine gesellschaftliche Würdigung dieser Menschen könnte u. a. darin bestehen, dass dem 17. Juni als Gedenktag seitens der staatlichen Vertreter mehr Gewicht verliehen wird. In vielen Fällen sind die Verfolgten mit ihrem Gedenken an diesem Tag unter sich.

Daneben soll jedoch nicht vergessen werden, dass sich seit 1990 die Selbstmordrate in den neuen Bundesländern halbiert hat. Die DDR hatte Mitte der achtziger Jahre in der Selbstmordstatistik den Spitzenplatz inne („Volksstimme“ vom 27.9. 2000). Allein diese Tatsache zeigt, welcher Druck trotz aller Schwierigkeiten, die die Vereinigung mit sich brachte, von der Bevölkerung gewichen ist.

Der vorliegende Bericht geht auf die verschiedenen Arbeitsgebiete der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter ein. Er bietet darüber hinaus die

Möglichkeit, Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorzustellen und Schwierigkeiten zu benennen.

Monatlich stellen durchschnittlich immer noch 550 Menschen in Sachsen-Anhalt einen Erstantrag auf Einsicht in sie betreffende Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. Das heißt, für sehr viele Menschen ist das Kapitel DDR noch lange nicht abgeschlossen. Der Hinweis auf den Ablauf der Rehabilitierungsfristen zum 31.12. 2001 zog eine Vielzahl von telefonischen und schriftlichen Anfragen nach sich, bei denen sich heraus stellte, dass die Hälfte trotz aller Informationen noch keinen vollständigen Antrag auf Rehabilitierung gestellt oder die Möglichkeiten der Unterstützung nicht alle ausgeschöpft hatte. Beides sollte bei der Diskussion über die Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes oder gewählten Mitgliedern von Vertretungskörperschaften oder Bürgermeistern auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS nicht vergessen werden. Die bisherige Praxis hat sich bewährt und sollte nicht verändert werden.

Die Nachfrage nach Informationen zur Arbeit des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ ist nach wie vor groß. Die finanziellen Mittel der Behörde reichen nicht aus, den Bedarf zu decken. Vergriffene Broschüren werden aus diesem Grund ins Internet eingestellt oder bei Bedarf kopiert. Sie finden zunehmend Eingang in die politische Bildung. Nach wie vor ist die Diskussion um die Ursachen für Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland nicht abgerissen. Günter de Bruyn sieht dafür zwei Ursachen: ... *Erstens konnte sich in der DDR, in der alle Schwierigkeiten autoritär gelöst oder verborgen wurden, kein Vertrauen in kompliziertere und langwierigere demokratische Lösungen entwickeln, so dass sich daraus vielfach das oft zu hörende Verlangen nach einer rigoroser und bedenkenloser durchgreifenden Staatsgewalt, nach diktatorischen Formen also, erklärt. Zweitens aber konnte man in der DDR keine Erfahrungen im Zusammenleben mit Ausländern machen. Soweit diese überhaupt vorhanden waren, wie die vietnamesischen Gastarbeiter zum Beispiel, wurden sie von der Bevölkerung ferngehalten. ... („Welt“ am 7.8. 2000).* Dem Ministerium für Staatssicherheit waren rechtsradikale Tendenzen in den 80er Jahren in der DDR bekannt (s. Anhang).

Im Jahr 2001 werden anlässlich des 40. Jahrestages des Mauerbaus die Folgen des Grenzregimes der DDR im Mittelpunkt der Information der Behörde stehen. In ihm sind viele Schwierigkeiten, welche Ost- und Westdeutsche heute miteinander haben, begründet.

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Der Landesbeauftragten stehen 5 Mitarbeiter zur Verfügung. Alle Stellen sind besetzt. Der Personalausbau ist damit abgeschlossen.

2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Einzelplan 11 im Kapitel 1114 der Landesbeauftragten folgende finanzielle Mittel zur selbständigen Bewirtschaftung im Vergleich zu 1999 zu.

| Titel | Zweckbestimmung | Zuweisung 1999 | Zuweisung 2000 |
|--------|--|-------------------|-------------------|
| 511 01 | Geschäftsbedarf | 5.000 DM | 4.000 DM |
| 512 01 | Bücher und Zeitschriften | 10.000 DM | 9.000 DM |
| 513 01 | Post- und Fernmeldegebühren | 22.000 DM | 19.000 DM |
| 515 01 | Unterhaltung von Geräten und Ausstattung | 1.000 DM | 1.000 DM |
| 515 02 | Ersatz und Ergänzung der Geräte | 3.000 DM | 2.000 DM |
| 522 32 | Betreuungskosten bei der Beratung | 1.000 DM | 1.000 DM |
| 525 01 | Aus- und Fortbildung von Bediensteten | 12.000 DM | 10.000 DM |
| 526 01 | Sachverständigen- / Gerichtskosten | 500 DM | 0 DM |
| 527 01 | Reisekosten | 8.000 DM | 8.000 DM |
| 531 01 | Veröffentlichungen | 28.500 DM | 23.500 DM |
| 531 03 | Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit | 30.000 DM | 30.000 DM |
| 537 01 | Behördenumzüge | 1.000 DM | 1.000 DM |
| 538 01 | Dienstleistungen Außenstehender | 20.000 DM | 20.000 DM |
| 546 59 | Vermischte Verwaltungsaufgaben | 1.000 DM | 1.000 DM |
| 685 11 | Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung | 50.000 DM | 36.000 DM |
| 685 51 | Sonstige Zuschüsse | 50.000 DM | 36.000 DM |
| 685 52 | Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin – Verpflichtungsermächtigung für HH 2000 und fortfolgende Haushalte bis 2004 | 0 DM | 100.000 DM |

Trotz der knappen Mittel im Bereich Veröffentlichungen konnten die notwendig gewordenen Nachdrucke („... mal gibt es kein Brot am Nachmittag, mal kein Schnittkäse, mal kein Quark ...“ Die Versorgung der Bevölkerung 1989 im Bezirk Halle mit Waren täglichen Bedarfs“, „Wirkungsstätten Stalinistischer Terrors in der SBZ/DDR – Magdeburg. Dokumentation“ und „Mit 16 im ‚Roten Ochsen‘“) in Auftrag gegeben werden. Die Druckerarbeiten wurden alle in der JVA Naumburg ausgeführt. So konnten diese Mittel über dieses landeseigene Unternehmen in den Landeshaushalt zurückfließen. Aus Kostengründen wurde der Satz der Broschüren und Faltblätter von Mitarbeitern der Behörde ausgeführt.

Der jährlich stattfindende bundesweite Kongress der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, an dessen Finanzierung sich die Landesbeauftragten zu gleichen Teilen beteiligen, wurde ab dem Haushaltsjahr 2000 aus dem Titel 525 01 finanziert. Die jährlich stattfindende, gemeinsam mit dem Kultusministerium durchgeführte, Lehrerfortbildungsveranstaltung wurde aus dem Titel 531 03 Öffentlichkeitsarbeit finanziert. Im Bereich Post- und Fernmeldegebühren wurde durch den Haushaltsgesetzgeber auf den erhöhten Bedarf in 1998 (19.500 DM) reagiert. Im Bezug auf die Titel 685 11 und 685 51, aus denen die Landesbeauftragten die Zuwendungen an Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vergibt, wurden die Mittel jeweils um 14.000 DM gekürzt. Weitere Reduzierungen in diesen beiden Titeln führen zwangsläufig zu Einschränkungen der Arbeit der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen.

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin fördert nur Projekte mit länderübergreifender Bedeutung, wenn das jeweilige Land einen finanziellen Beitrag dazu leistet. Auf Antrag der Landesbeauftragten wurde im Haushalt 1999 ein Titel 685 52 neu aufgenommen und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 DM für die Jahre 2000 bis 2004 versehen. Dadurch wurde es möglich mit der Stiftung eine Vereinbarung abzuschließen, die die anteilige Förderung durch die Behörde der Landesbeauftragten regelt.

3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Notwendig wurden, wie in den Vorjahren, Anschaffungen, die auf die wachsende Bibliothek und den Aktenbestand reagieren. Im Berichtszeitraum wurden Regale für die Bibliothek und für die Büros angeschafft, sowie der Arbeitsplatz für eine Mitarbeiterin als Schreibkraft eingerichtet.

III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter

1. Bürgerberatung

Die Beratung von einzelnen Personen, aber auch Behörden, Institutionen und Vereinen im Umgang mit den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit nimmt nach wie vor den größten Teil der Arbeit der Behörde ein. Immer mehr junge Menschen erkundigen sich nach der Arbeit des MfS. Die mittlere Generation ist häufig auf der Suche nach Unterlagen, welche das Schicksal ihrer inzwischen verstorbenen Eltern erhellen können.

1.1. Beratung von Betroffenen

Die Beratung und Unterstützung von Menschen, welche von SED-Unrecht betroffen sind, und deren Angehörigen wird seitens der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter weiterhin als ihre wichtigste Aufgabe gesehen. Die Folgen von Repression in den letzten Jahrzehnten liegen tiefer und dauern länger an, als im Herbst 1989 vermutet wurde. Schriftliche, telefonische und persönliche Anfragen erreichen die Landesbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie umfassen sowohl einfache Fragen nach Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des MfS und anderer Archive als auch tiefgehende Probleme bei der Bewältigung des Geschehenen. Es zeigt sich, dass sich häufig schon vor langer Zeit zugefügte Schmerzen im Gedächtnis eingebrannt haben. Die Erinnerung an erlebtes Unrecht und Ohnmachtserfahrungen lassen sich nicht einfach tilgen. Hinzu kommt für viele die Enttäuschung über den mangelnden Ausgleich für das Erlebte. In den Gesprächen wird häufig beklagt, dass sich der Einsatz für Demokratie im Gegensatz zu denjenigen, welche sich angepasst haben, nicht „gelohnt“ habe. In diesem Zusammenhang wird „Lohn“ meist nicht mit Geld gleichgesetzt. Im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum haben die telefonischen Anfragen und Gespräche weiter zugenommen. Das ist der Tatsache geschuldet, dass ein großer Teil der Ratsuchenden bereits sehr alt ist, aber auch der flächenmäßigen Ausdehnung des Landes Sachsen-Anhalt. Die Betroffenen werden neben dem Hinweis auf antragsbearbeitende Behörden auch bei der Suche nach Dokumenten, welche die Verfolgung belegen, unterstützt. In diesem Zusammenhang wurden die Landratsämter im Februar 2001 durch die Landesbeauftragte gebeten, für die Rehabilitation notwendige Bestände (z. B. Volksbildung, Abt. Innere Angelegenheiten u. ä.) längerfristig zu archivieren oder dem Landesarchiv zur Archivierung anzubieten.

1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt

Im Hinblick auf die Angebote zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug hat sich im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum die Situation nicht geändert. Nach wie vor gibt es in Sachsen-Anhalt keine speziell auf die Verfolgten des SED-Regimes zugeschnittenen Angebote, welche sich **grundlegend** mit den psychischen Folgen von Verfolgungserfahrungen auseinandersetzen und Hilfen anbieten könnten.

1.1.2. Rehabilitation und Entschädigung

1.1.2.1. Das zweite Änderungsgesetz zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen

Zur Minderung der Folgen von SED-Unrecht wurden durch den Deutschen Bundestag drei Rehabilitierungsgesetze beschlossen: **Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz** (StrRehaG von 1992) sowie das **Verwaltungsrechtliche** und das **Berufliche Rehabilitierungsgesetz** (VwRehaG und BerRehaG von 1994).

Die **Strafrechtliche Rehabilitation** einer politisch motivierten Verurteilung oder für die außerhalb eines Strafverfahrens erfolgte gerichtliche (behördliche) Entscheidung mit Anordnung zur Freiheitsentziehung, sofern diese der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat, erfolgt durch das Landgericht am Sitz des früheren Bezirks. Die Antragstellung ist bei Gericht bis zum **31. Dezember 2001** möglich.

Politische Opfer der SBZ/DDR sollten Ansprüche aus der Kapitalentschädigung nicht verfallen lassen.

Jede strafrechtliche Rehabilitation, begründet für den Betroffenen Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt. Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vererblich. Zusätzlich besteht ein Anspruch auf **berufliche Rehabilitation** zum **Ausgleich** eventueller **Nachteile in der Rentenversicherung**.

Zum 1. Januar 2000 wurde die Kapitalentschädigung auf 600,00 DM pro angefangenen Haftmonat erhöht. Die Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (der Erben).

In Sachsen-Anhalt strafrechtlich Rehabilitierte müssen den Antrag an das

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 45/5 27 6-0

Maxim-Gorki-Straße 4–7, 06114 Halle (Saale)

bzw. das

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 91/6 27 30 00

Halberstädter Straße 39a, 39001 Magdeburg,

Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, müssen den Antrag an das

Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27,

Dessauer Straße 70, 06118 Halle

senden.

Im Zeitraum 1990 bis 1999 wurden in Sachsen-Anhalt 26.880 Anträge auf Kapitalentschädigung nach strafrechtlicher Rehabilitation gestellt. Zu dieser Zahl kommen noch die Anträge auf Kapitalentschädigung der nach dem HHG anerkannten politischen Häftlinge, in Sachsen-Anhalt 1.160, davon 55 Erstantragssteller im Jahr 2000.

Bislang wurden von weniger als der Hälfte der strafrechtlich Rehabilitierten oder deren Erben Nachzahlungsanträge gestellt. Auch hier läuft die Antragsfrist zum **31. Dezember 2001** aus.

Unbekannt ist auch die Zahl von Betroffenen, die bisher noch keinen Rehabilitierungsantrag gestellt haben. Im Jahr 2000, 10 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, gingen bei den Ämtern für Versorgung und Soziales immer noch viele Neuanträge auf Kapitalentschädigung ein.

Mit Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen kann sich jeder an die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wenden.

Nach entsprechenden Zeitungsartikeln von Anfang Februar 2001 meldeten sich bis Redaktionsschluss (23. Februar 2001), also in nur drei Wochen noch 106 Personen, im Einzelnen:

| Nach Lage des Falles war noch zu stellen: | Anzahl |
|---|--------|
| Antrag auf strafrechtliche Rehabilitation | 34 |
| Antrag auf Kapitalentschädigung | 1 |
| Nachzahlungsantrag (erhöhte Kapitalentschädigung) | 14 |
| Antrag auf berufliche Rehabilitation (ohne oben Erfasste) | 13 |
| Antrag auf Rehabilitation durch die russische Föderation | 9 |
| Sonstige Anfragen (einschl. Stiftung f. ehem. polit. Häftlinge) | 34 |

Es hat sich hier gezeigt, dass die Information über die Rehabilitierungsmöglichkeiten noch nicht alle erreicht hat (besonders auch in den alten Bundesländern).

Für die strafrechtliche Rehabilitation zuständig ist das Landgericht am Sitz des ehemaligen Bezirks der DDR, in dessen Bezirk die Verurteilung ausgesprochen wurde, z. B. in Sachsen-Anhalt:

| | | | |
|-------------------------|----------------------|-----------|-------------|
| LG Magdeburg | Halberstädter Str. 8 | PLZ 39112 | 03 91-60 60 |
| Landgericht Halle/Saale | Hansering 13 | PLZ 06108 | 03 45-22 00 |

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, z. B.

| | | | |
|-----------------------------|-------------|-----------|-----------|
| Regierungspräsidium Dessau | Dezernat 27 | PF 12 05 | PLZ 06844 |
| Regierungspräsidium Halle | Dezernat 27 | PF 200256 | PLZ 06003 |
| Regierungspräsid. Magdeburg | Dezernat 27 | PF 19 60 | PLZ 39009 |

Zur Illustration der Schwierigkeiten bei der Bearbeitung von Rehabilitierungsanträgen befindet sich im Anhang eine Schilderung der Geschichte des betroffenen Herrn Baitz.

1.1.2.2. Verfolgte Schüler; Ehrenpension

Zur Entschädigungsregelung für verfolgte Schüler in **Sachsen**.

Die Entschädigung (bis zu 10.000 DM aus einem Etatposten von 1,3 Millionen DM) kann beantragt werden beim:

Sächsischen Landesamt für Familie und Soziales,
Rehabilitierungsbehörde,
Postfach 1048,
09101 Chemnitz,
Tel: (03 71) 60 63 35.

Voraussetzung ist eine Rehabilitierungsbescheinigung als verfolgter Schüler und Wohnsitz am 9. November 1989 in der DDR, heute in Sachsen. Frist für die Antragsstellung ist der **31. Mai 2001**.

Bei der sächsischen Regelung handelt es sich um einen „Alleingang“, der von den anderen Ländern bisher nicht mitgetragen wird. In Sachsen-Anhalt ist bislang **keine** derartige Regelung geplant. Die Behörde der Landesbeauftragten hat dies aber in den zuständigen Ministerien angeregt.

Die Erfahrung aus der Beratungstätigkeit der Behörde zeigt, dass die Gesetzeslage im Bereich der Rehabilitation lückenhaft ist. So können die Folgen des Unrechts nur in Ansätzen gelindert werden. Von den Häftlings- und anderen Opferverbänden wird daher nach wie vor die Einrichtung einer **Verfolgtenrente** gefordert. In einem hierzu im Deutschen Bundestag eingebrachter Gesetzentwurf 14/3665 der CDU/CSU-Fraktion zur „Ehrenpension“ heißt es (auszugsweise):

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 3. SED-UnBerG)

Artikel 1: Gesetz über eine Ehrenpension für die Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet

... § 3 Ehrenpension

(1) Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet erhalten auf Antrag eine Ehrenpension in Höhe von monatlich 1.000 Deutsche Mark. Opfern, die am 3. Oktober 1990 noch nicht ihr 55. Lebensjahr vollendet hatten, wird die Zahlung der Ehrenpension auf 10 Jahre begrenzt.

(2) Die Ehrenpension wird monatlich im Voraus, beginnend mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat, gezahlt. ...

(Aus der Begründung:) ... Die Gesellschaft bleibt daher weiterhin verpflichtet, den Menschen solidarisch zu helfen, die unter dem SED-Regime am schwersten gelitten haben: den Opfern individueller politischer Verfolgung. Gleichzeitig stellt sich für die Demokratie die Aufgabe, den Einsatz und das Handeln dieser Menschen für eine rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie unter den Bedingungen einer Diktatur zu würdigen.

Mit dem Dritten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wird dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe Rechnung getragen. Mit dem Gesetz über eine Ehrenpension für die Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet wird einem wichtigen Anliegen der Opfer Rechnung getragen. Diese Ehrenpension zeigt symbolhaft den besonderen Wert, den unsere Gesellschaft den Menschen beimisst, die sich gegen die Diktatur der SED gewehrt und unter Einsatz ihres Lebens und um den Preis erheblicher sozialer Nachteile für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Bislang bestehende fiskalische Erwägungen haben ihre Tragkraft vor dem Hintergrund der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 zu Fragen der Überleitung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung des wiedervereinigten Deutschlands und der Umsetzung dieser Entscheidungen durch die Bundesregierung verloren.

Mit der neuerlichen Erhöhung der Kapitalentschädigung wird der zu kurz gegriffene Ansatz des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitie-

rungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. Dezember 1999 korrigiert. Die dort vorgenommene Anhebung der Kapitalentschädigung auf einen Entschädigungssatz, wie ihn im Rechtsstaat Inhaftierte erhalten, verkennt völlig, dass die Gefängnisse in der ehemaligen DDR in keiner Weise mit den Haftanstalten des Rechtsstaates vergleichbar sind.

Lösung

Durch ein Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wird die Situation der Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet deutlich verbessert. Mit einer Ehrenpension hebt die Bundesrepublik Deutschland den besonderen Stellenwert und die herausragende Bedeutung dieses Widerstands gegen die zweite deutsche Diktatur für das heutige ungeteilte Deutschland hervor. Gleichzeitig hilft der materielle Wert dieser Ehrenpension die fortbestehenden und fortwirkenden Probleme, die durch die bisherigen Regelungen nicht vollständig angesprochen werden konnten, zu lindern. Eine weitere Erhöhung der Kapitalentschädigung für die politischen Häftlinge des SED-Regimes würdigt die besondere Härte der Haft unter den Bedingungen einer Diktatur und zeigt die besondere Würdigung des dort erlittenen Schicksals noch einmal in eindringlicher Weise.

Kosten

Durch das Gesetz über eine Ehrenpension entstehen Kosten von etwa 1,5 Mrd. DM im Jahr. Der Bund hat 60 vom Hundert dieser Kosten zu tragen, also 900 Mio. DM. Bedingt durch das häufig hohe Lebensalter der Betroffenen ist auf Dauer jedoch mit abnehmenden Aufwendungen zu rechnen. Daneben sind durch die Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes einmalige Kosten von etwa 800 Mio. DM zu erwarten. Diese ergeben sich aus der Erhöhung der Kapitalentschädigung und den darauf beruhenden Kosten für Nachzahlungen und eventuelle Neuanträge, hiervon erstattet der Bund den Ländern 65 vom Hundert, also rund 540 Mio. DM.

Im Berichtszeitraum wurde mit allen Verfolgtenverbänden in Sachsen-Anhalt der erwähnte Entwurf diskutiert. Im Wesentlichen stimmen die Verbände dem Inhalt dieses Entwurfs zu. Sie erhoffen sich davon eine Verbesserung der rentenrechtlichen Regelungen sowie eine Verbesserung der Situation in der DDR verfolgter Schüler.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2. AAÜG-Änderungsgesetz – 2. AAÜG-ÄndG, siehe unter 1.1.2.5.) erhielt auf Initiative der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen im Bundesrat eine Ergänzung des beruflichen Rehabilitierungsgesetzes. Nach dem geplanten

§ 13a BerRehaG (neu) sollen für jeden Kalendermonat Verfolgungszeit 0,0208 Entgeltunkte (entspricht einem Viertel des Durchschnittsverdienstes) **zusätzlich** gewährt werden. Damit sollen Nachteile in der Rentenversicherung, die auf politischer Verfolgung beruhen, so weit wie möglich ausgeglichen werden. Diesem Entwurf muss noch sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag zugestimmt werden.

1.1.2.3. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12. 2000)

2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1994 wurden bis zum 31.12. 2000 in Sachsen-Anhalt **15.031 Anträge** auf eine verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitation gestellt. Die Antragstellung dauert weiter an. Hinzu kommen zahlreiche Anfragen, zu bearbeiten von den drei Rehabilitierungsbehörden, welche jeweils im Dezernat 27 der Regierungspräsidien Halle, Magdeburg und Dessau angesiedelt sind. Durch die notwendigen umfangreichen Recherchen in den MfS- und anderen staatlichen Unterlagen der DDR gestaltet sich die Bearbeitung häufig sehr langwierig und schwierig. Es ist um so schwerer, je länger das schädigende Ereignis zurückliegt. Auf Grund nicht mehr vorhandener Aktenbestände muss in einigen Fällen auf Zeugenaussagen zurückgegriffen werden. Den Mitarbeitern in diesen Bereichen sei an dieser Stelle für ihre Arbeit gedankt. **8.111 Bescheide wurden inzwischen erteilt.** Hiervon waren **6.227 Bewilligungen.** 1.884 Anträge mussten abgelehnt werden. 3.030 Anträge erledigten sich auf sonstige Art und Weise. Die Bescheide hielten bisher nur in einem von 42 durch Urteil entschiedenen Fällen einer gerichtlichen Überprüfung durch das Verwaltungsgericht nicht stand. Zum Ende des Jahres 2000 waren noch 3.948 Anträge unerledigt.

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Die strafrechtliche Rehabilitation wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt 26.146 Eingänge von 1990 bis 1998. Für die Jahre 1999 und 2000 folgt eine nach der Art der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung:

| | 1999 | 2000 | | 1999 | 2000 |
|---------------------|------|------|------------------------------------|-------|-------|
| Eingänge | 734 | 891 | Erled. d. Beschluss: Antrag war | (411) | (705) |
| Erledigungen | 553 | 930 | begründet | 184 | 330 |
| unerledigt | 836 | 797 | teilw. begründet | 80 | 95 |
| Erled. d. Beschluss | 411 | 705 | nicht begründet | 135 | 251 |
| Erled. d. Sonstiges | 142 | 215 | unzulässig | 12 | 29 |

Gesamtzahlen der seit 1993 bewilligten und abgelehnten Rehabilitierungsanträge konnten leider nicht zur Verfügung gestellt werden.

Folgeleistungen (§ 17 V regelt die Nachzahlungen):

| | 1999 | | | | 2000 | | | | |
|-----------------------|------|------|------|------|------|-----------|-----------|------|------|
| StrRehaG | § 6 | § 17 | § 21 | § 22 | § 6 | § 17 I | § 17 V | § 21 | § 22 |
| Anträge | 245 | 321 | 30 | 5 | 191 | 439 | 7989 | 30 | 8 |
| Bewilligungen | 208 | 278 | 12 | 0 | 203 | 344 | 6675 | 13 | 0 |
| Ablehnungen | 10 | 35 | 33 | 11 | 6 | 30 | 6 | 46 | 3 |
| Sonstige Erledigungen | 19 | 67 | 28 | 1 | 5 | 160 | 725 | 8 | 0 |
| offene Fälle | 105 | 278 | 108 | 8 | 82 | 183 | 583 | 71 | 13 |

Aus der vom Landesamt für Versorgung und Soziales übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen zu Anträgen und Bewilligungen, wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Übersicht zu den Jahren 1993–1998 wird auf den 4., den 5. und den 6. Tätigkeitsbericht verwiesen.

Statistik der Antragsbearbeitung:

Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

| | | |
|------------------|---------|--|
| § 6 StrRehaG: | 95,37 % | (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen) |
| § 17 I StrRehaG: | 81,46 % | (Kapitalentschädigung f. Freiheitsentziehung) |
| § 17 V StrRehaG: | 83,55 % | (Kapitalentschädigung, Nachzahlung) |
| § 21 StrRehaG: | 21,64 % | (Beschädigtenversorgung/Haftfolgeschäden) |
| § 22 StrRehaG: | 6,21 % | (Hinterbliebenenversorgung) |

Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales als übergeordnete Behörde des Landesamtes für Versorgung und Soziales (LAFVuS) vom 20.2. 2001:

Die Kapitalentschädigung [ist] für alle ehemaligen politischen Häftlinge mit dem „Zweiten Gesetz zur Verbesserung rehabilitationsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der DDR“ mit Wirkung vom 1.1. 2000 auf einheitlich 600,– DM je Haftmonat erhöht worden.

Die Anträge auf Nachzahlung der Kapitalentschädigung gingen in der ersten Hälfte des letzten Jahres nur sehr zögerlich ein. Die Ämter für Versorgung und Soziales sind von ca. 10.000 Antragseingängen ausgegangen. Voraussetzung für die Gewährung der Nachzahlung ist die Stellung eines Antrages.

Frau Ministerin hat über Pressemitteilung nochmals über die Notwendigkeit der Antragstellung informiert und den Betreffenden geraten, die Anträge auf erhöhte Kapitalentschädigung umgehend zu stellen.

Zwecks Information über die Novellierung erfolgte auch ein Treffen mit den Vertretern der zuständigen Verbände im Haus.

Schließlich wurden die Rehabilitierten, die eine Nachzahlung in Sachsen-Anhalt erhalten könnten, durch die Ämter für Versorgung und Soziales zur Antragstellung angeregt. Hierbei wurden über 5.200 Personen angeschrieben. Unmittelbar danach gingen über 2.500 Anträge in den Ämter ein. Von den insgesamt 7.989 vorliegenden Anträgen auf Nachzahlung der Kapitalentschädigung konnten bereits 7.406 abschließend bearbeitet werden.

Bereits im letzten Jahr teilten wir Ihnen mit, dass hinsichtlich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung alle Ablehnungen überprüft werden. Die bisherige Überprüfung bestätigte bis auf sehr wenige Ausnahmen die getroffenen Entscheidungen.

Durch Artikel 6 des Gesetzes zur Änderung des Opferentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze (BGBl. Teil I, Nr. 54, S. 1676) ist nunmehr auch die Beschädigtengrundrente nach § 31 Abs. I Satz I BVG für das Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, das Häftlingshilfegesetz und das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz mit Wirkung vom 1.1. 1999 in den neuen Bundesländern auf das Niveau der alten Bundesländer erhöht worden. Eine Antragstellung war nicht erforderlich, da die Erhöhung und die Nachzahlung von Amts wegen ausgezahlt wird.

Stellungnahme von BSV, Landesverband Sachsen-Anhalt und VOS, Landesgruppe Sachsen-Anhalt zur Überprüfung der Haftfolgeschäden:

Terminverschiebung bis zur „biologischen Lösung“?

Zwischenbericht zur Frage nach der verbesserten Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden, von Wolfgang Stiehl

Das Bundeskanzleramt ließ auf diverse Fall-Unterbreitungen und auf Forderungen zur Verbesserung der Situation bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden durch Herrn Dr. Widmaier bisher stets wie im folgenden zitierten Schreiben antworten: (letzte Antwort am 16. Oktober 2000 an VOS Bundesgeschäftsstelle – Herrn Stiehl)

„Die von Ihnen erwähnten Briefe des Bundeskanzlers an die Ministerpräsidenten der Länder bezüglich der Verbesserung der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden haben verwaltungsinternen Charakter. Wie ich Ihnen bereits in meinem letzten Schreiben mitteilte, wertet die Bundesregierung derzeit die Ergebnisse dieser von ihr angeregten Verbesserungen aus und wird dem Deutschen Bundestag noch in diesem Herbst hierüber unterrichten. Danach wird über mögliche Konsequenzen entschieden.“

Auf meine heutige (24.1.01) telefonische Anfrage im Bundeskanzleramt – mit der Feststellung, dass ja nun „dieser Herbst“ vorüber ist und die betroffenen Verfolgten nach einem Ergebnis, dass sie gerne noch erleben würden, fragen – erklärte mir Dr. Widmaier, dass die Überprüfung in den Ländern nicht, wie erhofft, beendet sei und deshalb noch kein Bericht an den Deutschen Bundestag gefertigt werden konnte. Neuerliche Zielstellung ist nunmehr, die Vorlage des versprochenen Berichts – als Basis für mögliche Konsequenzen – noch vor der Sommerpause zu realisieren.

Wir hoffen nicht nur, dass die Länder rechtzeitig die Überprüfung abschließen werden, sondern haben bei Abgeordneten der Fraktionen des Landtages Sachsen-Anhalts um eine kleine diesbezügliche Anfrage gebeten.

Folgeleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz:

Auch für Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben wurde die Kapitalentschädigung erhöht. Zuständig ist das Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27. Von dort wurden 55 Fälle der Erstantragsstellung (600 DM pro Haftmonat) und 1.105 Fälle der Nachzahlung (873 Fälle zu 50 DM und 232 Fälle zu 300 DM) gemeldet. Insgesamt ergibt dies folgendes Bild:

| Jahr | Fälle des § 10 Abs. 4 HHG | bewilligte Summe | durchschnittl. Zahlbetrag |
|------|---------------------------|------------------|---------------------------|
| 2000 | 1.160 | 3.953.813,13 DM | 3.408,46 DM |

Hepatitis-C-Opfer:

Das Gesetz zugunsten von Hepatitis-C-Opfern der Zwangsimpfung zu DDR-Zeiten ist am 2.8. 2000 rückwirkend zum 1.1. 2000 in Kraft getreten, BGBl. I S. 1270.

1.1.2.4. Regelungen im vermögensrechtlichen Bereich

Neu erlassen wurde das Gesetz zur Änderung und Ergänzung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften (VermRErgG vom 15.9. 2000):

Es enthält als neue Regelung § 10 VermG, nach dem für die Entziehung beweglicher Sachen entschädigt werden soll. Bemessungsgrundlage hierfür soll der neue § 5a VermG sein, nach dem für Hausrat pauschal maximal 1200 DM gezahlt werden sollen; Luxusgüter, Gegenstände von Liebhaberei, für die Berufsausübung sowie KfZ sollen nach ihrem damaligen Wert (2:1 umgerechnet) entschädigt werden (max. 40.000 DM Bemessungsgrundlage, Entschädigung wie beim Lastenausgleich). Für die Abwicklung wird in § 1 Abs. 5 EntschädigungsG auf das Bundesrück erstattungsG zugunsten der NS-Verfolgten verwiesen.

Aus der Begründung:

Das Vermögensrechtsergänzungsgesetz betrifft folgende Bereiche:

- *Streichung der Ersatzgrundstücksregelung im Vermögensgesetz (I),*
- *Normierung einer Bemessungsgrundlage für Entschädigung nicht rückgegebbarer beweglicher Sachen im Entschädigungsgesetz (II),*
- *Anpassung des Flächenerwerbs im Ausgleichsleistungsgesetz und der Flächenerwerbsverordnung an europarechtliche Vorgaben (III).*

Die Streichung von § 9 VermG ist einigungsvertrags- und verfassungsrechtlich zulässig. Der Gesetzgeber hat durch die bisher unterbliebene Aufhebung keinen Vertrauenstatbestand geschaffen, der ihn nunmehr an der Aufhebung hindern würde. Der Gesetzgeber kann mit dem Wegfall der Ersatzgrundstücksregelung auch in bereits laufende Entschädigungsverfahren eingreifen (sog. unechte Rückwirkung). Die Bestandsinteressen der Betroffenen überwiegen die legitimen Gründe des Gesetzgebers für eine Veränderung nicht.

Das Vermögensgesetz regelt also insbesondere die Wiedergutmachung von etwa bei Inhaftierungen entzogenen beweglichen Sachen, z. B. Hausrat oder Sammlungen (Briefmarken, Münzen, ...).

Der Nachweis entzogenen Vermögens kann übrigens häufig aus öffentlichen Archiven geführt werden; hierzu hat das BaRoV eine Liste erarbeitet, die bei der Landesbeauftragten eingesehen werden kann. Ebenfalls hat das BaRoV alle gerichtlichen Entscheidungen zum Vermögensrecht ausgewertet.

Neue Anträge auf Entschädigung wegen beweglichen Vermögens konnten noch bis **22. März 2001** in den Fällen gestellt werden, in denen die Entschädigung nach fristgemäßem erstem Antrag (bis zum 30. Juni 1993 oder binnen sechs Monaten nach einer Rehabilitierungsentscheidung) **nur** wegen einer fehlenden Entschädigungsregelung abgelehnt wurde.

Die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen hatten nach der Pressemitteilung des BaRoV 1/00 zum Stichtag 31. Dezember 1999 noch 2.532 Beschäftigte. Sie hatten nach der Pressemitteilung des BaRoV 5/00 zum 30.9. 2000 (Stichtag) 2.271.029 Fälle zu bearbeiten, davon betrafen 2.156.826 Grundstücke. 405.358 Grundstücke wurden rückübertragen, in 102.324 Fällen staatliche Verwaltung aufgehoben. Nach Ländern:

| | Anträge | Rückübertragungen |
|------------------------|---------|-------------------|
| Berlin | 193732 | k. A. |
| Brandenburg | 570423 | 103600 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 177240 | 38309 |
| Sachsen | 421827 | 85687 |
| Sachsen-Anhalt | 418693 | 120151 |
| Thüringen | 371009 | 57412 |

Es waren noch 153.000 Fälle offen. 218.200 Ansprüche auf Ausgleichsleistung waren in Bearbeitung, für 63.300 Vermögenswerte ist Entschädigung bereits gewährt worden. 13.000 Fälle befanden sich im Widerspruchsverfahren, 11.500 vor den Verwaltungsgerichten.

Zur Illustration der Schwierigkeiten bei der Bearbeitung offener Vermögensfragen siehe im Anhang die Schilderung der betroffenen Frau Bartuzat.

1.1.2.5. Verbesserung der Renten für „Systemnahe“

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2. AAÜG-Änderungsgesetz – 2. AAÜG-ÄndG) zunächst beim Bundesrat eingebracht, um ihn dann dem Bundestag zuzuleiten.

Danach soll aufgrund der vier Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (vgl. 6. Tätigkeitsbericht, S. 91) eine verfassungsmäßige Rechtslage hergestellt werden, ohne zugunsten der systemnahen Rentner von den Mindestvorgaben des BVerfG abzuweichen (bis zum 30. Juni 2001 muss eine verfassungskonforme Regelung gefunden werden). Die Bundesregierung erwartet aufgrund dieser Neuregelung Zusatzkosten in Höhe von:

| | Nachzahlungen für Zeit bis 30.4. 1999 | Jährliche Mehraufwendungen nach dem 30.4. 1999 |
|--------------------------------------|---------------------------------------|--|
| Zusatzversorgung, auch Parteien | 435 Mio. DM | (noch nicht dynamisiert) 165 Mio. DM |
| Sonderversorgung: NVA, Zoll, MfS, VP | 257 Mio. DM | (noch nicht dynamisiert) 160 Mio. DM |

Auf Initiative der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen soll dieses Gesetz um eine Regelung zugunsten politisch Verfolgter ergänzt werden (siehe 1.1.2.2.)

1.1.2.6. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung wurde bereits 1999 gebeten zu prüfen, inwieweit eine verbesserte Rentenregelung der Opfer möglich ist. Dieser Landtagsbeschluss erfolgte ohne Gegenstimmen (einstimmig). Er trägt die Nummer 3/27/2174b. Das Plenum wird sich damit nicht mehr beschäftigen. Ein Ergebnis liegt weiterhin noch nicht vor.

1.1.2.7. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, hat folgende Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

| Jahr | bewilligte Anträge | bewilligte Summe | durchschnittl. Zahlbetrag |
|------|--------------------|------------------|---------------------------|
| 2000 | 383 | 2.102.200 DM | 5.488,77 DM |
| 1999 | 255 | 1.252.800 DM | 4.912,94 DM |
| 1998 | 261 | 1.311.800 DM | 5.026,05 DM |
| 1997 | 131 | 611.450 DM | 4.667,56 DM |
| 1996 | 71 | 225.000 DM | 3.169,01 DM |
| 1995 | 58 | 203.100 DM | 3.501,72 DM |
| 1994 | 69 | 253.700 DM | 3.676,81 DM |
| 1993 | 74 | 284.900 DM | 3.850,00 DM |

Diese Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG; die Fälle nach dem HHG werden nur danach erfasst, ob die Antragssteller aus dem Osten oder dem Westen kommen; die Zahlen sind auch weitaus geringer.

Die Stiftung hat ein neues Merkblatt für Antragssteller herausgegeben, das auch in unserer Behörde angefordert werden kann, und in dem besonders auf die Fälle der Hinterbliebenen von Hingerichteten, auf der Flucht Umgekommenen oder an den Folgen der Haft Verstorbenen hingewiesen wird.

Leistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge an administrativ Inhaftierte:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erbringt ihre Leistungen auch an ehemalige administrativ Inhaftierte oder deren Angehörige (Witwen und Waisen). Falls bis 1994 keine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG zugunsten des Inhaftierten beantragt wurde, besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass eine Behörde zur Klärung eines vermögensrechtlichen Anspruchs in Amtshilfe von der HHG-Behörde eine entsprechende Bescheinigung anfordert. Eine entsprechende Behörde ist auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; deren Leistungen fallen ebenfalls unter die Regelung. In solchen Fällen ist der Stiftung bei der Antragsstellung auf Unterstützungsleistung Haftdauer (Beginn und Ende), Ort der Verhaftung, der Inhaftierung und der Freilassung sowie möglichst auch Haftgrund darzulegen (darzustellen) und nachzuweisen. Hierfür kommen alle Urkunden (Entlassungsschein, Gefangenepost, Bescheinigung des DRK-Suchdienst [Chiemgaustraße 109, 81549 München]) oder Zeugenaussagen (schriftlich, mit z. B. vom Bürgermeister beglaubigter Unterschrift und Geburtsdatum) in Betracht.

Wegen der gestiegenen Zahl der Antragssteller haben sich die Bearbeitungszeiten bei der Stiftung erheblich erhöht. Deren Dauer (7–10 Monate) führt sogar dazu, dass während der Bearbeitung die Einkommensnachweise ihre Gültigkeit verlieren (6 Monate)! Sobald der Betreffende aber den nachgeforderten Nachweis erbracht hat, ist das Geld binnen weniger Wochen da. Die Stiftung soll nunmehr eine weitere Planstelle erhalten.

1.1.2.8. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation

Wenn man mittels Akteneinsicht in Russland Sachaufklärung betreiben will, kann man sich an:

Herrn Dr. Klaus-Dieter Müller
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer
politischer Gewaltherrschaft
Altenzeller Straße 119
01069 Dresden

wenden. Zur Akteneinsicht liegt ein Antrag an die Russische Föderation bei der Landesbeauftragten bereit, einschließlich dem Ersuchen, Kopien der betreffenden Akten zur Verfügung zu stellen, sowie – für den Fall einer vermissten Person – ein Antrag an den DRK-Suchdienst.

Der Antrag auf Rehabilitation durch die russische Föderation ist an die **neue** Anschrift des Auswärtigen Amtes zu senden (11013 Berlin).

1.1.2.9. Suche nach Häftlingsunterlagen z. B. wegen Gesundheitsschäden

Der Verbleib der Häftlingsakten aus DDR-Zeiten, soweit nicht bei der BStU (**neue** Tel. 0 18 88 / 6 64-0) oder im Bundesarchiv (Außenstelle in Berlin: **neue** Tel. 0 18 88 / 7 77 00), konnte wie folgt geklärt werden:

Sachsen-Anhalt:

JVA Halle
Zentrale Auskunftsstelle der Justiz
Am Kirchtor 20
06108 Halle/Saale.

Berlin:

Senatsverwaltung für Justiz
Abteilung V – Strafvollstreckungsabteilung
Salzburger Straße 21–25
10825 Berlin.
oder:

| Name | Telefonnr. | Adresse | PLZ | Ort |
|----------------|------------|----------------------|-------|--------|
| JVA Plötzensee | 030/901440 | Fr.-Olbricht-Damm 16 | 13627 | Berlin |

Mecklenburg-Vorpommern:

JVA Bützow – Archiv
Kühlungsborner Straße 29a
18246 Bützow.

Sachsen: jeweils Archiv der JVA, aus der die Entlassung vorgenommen wurde; bei Zusammenlegung zweier Anstalten wurden die Archive ebenfalls übernommen (Beispiel: Regis -> Leipzig).

| Name | Telefonnr. | Adresse | PLZ | Ort |
|-----------------|--------------|--------------------------|-------|-----------|
| JVA Bautzen | 03591/5890 | Breitscheidstraße 4 | 02625 | Bautzen |
| JVA Chemnitz | 0371/36790 | Hohe Straße 21 | 09112 | Chemnitz |
| JVA Görlitz | 03581/462300 | Postplatz 18 | 02826 | Görlitz |
| JVKrkh. Leipzig | 0341/86670 | Chemnitzer Straße 68 | 04289 | Leipzig |
| JVA Leipzig | 0341/30600 | Alfred-Kästner-Straße 47 | 04275 | Leipzig |
| JVA Plauen | 03741/1250 | Amtsberg 10 | 08523 | Plauen |
| JVA Stollberg | 037296/950 | An der Stalburg 6–7 | 09366 | Stollberg |
| JVA Torgau | 03421/7450 | Fort Zinna 7 | 04860 | Torgau |

| Name | Telefonnr. | Adresse | PLZ | Ort |
|--------------|------------|---------------------|-------|----------|
| JVA Waldheim | 034327/990 | Dresdener Straße 1a | 04736 | Waldheim |
| JVA Zeithain | 03525/7670 | Glaubitzer Straße | 01619 | Zeithain |
| JVA Zwickau | 0375/27230 | Schillerstraße 2 | 08056 | Zwickau |

Thüringen:

Thüringer Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten,
Abteilung Strafvollzug,
Alfred-Hess-Straße 3,
99094 Erfurt;

Die Unterlagen sind ohne festes System entweder noch in der Entlassungsanstalt oder mikroverfilmt in der JVA Erfurt; das MJ übernimmt die Suche.

Brandenburg:

JVA Potsdam,
Henning-von-Tresckow-Straße 9–13,
14467 Potsdam;

Dort befinden sich die mikroverfilmten Akten der Jahre 1960–1970. Die späteren Jahrgänge sind noch in der jeweiligen Entlassungsanstalt. Die älteren Jahrgänge sind nur noch unvollständig vorhanden, vermutlich auch in der jeweiligen Anstalt:

| Name | Telefonnr. | Adresse | PLZ | Ort |
|---|-------------|---------------------------|-------|---------------------|
| JVA Cottbus | 0355/38216 | Karl-Marx-Straße 69 | 03044 | Cottbus |
| JVA Frankfurt/O. | 0335/55435 | Robert-Havemann-Straße 11 | 15236 | Frankfurt/Oder |
| Jugendarrestanstalt Königs Wusterhausen | 03375/25203 | Schlossplatz 4 | 06366 | Königs Wusterhausen |
| JVA Luckau | 03544/570 | Karl-Liebknecht-Straße 1 | 15926 | Luckau |
| JVA Neuruppin | 03391/3510 | Bernhard-Brasch-Str. 7 | 16816 | Neuruppin |
| JVA Oranienburg | 03301/8140 | Berliner Straße 38 | 16515 | Oranienburg |
| JVA Potsdam | 0331/28530 | H.-v.-Tresckow-Str. 9–13 | 14467 | Potsdam |
| JVA Prenzlau | 03984/6081 | Baustraße 39 | 17291 | Prenzlau |
| JVA „Schwarze Pumpe“ | 03564/570 | Neudorfer Weg 1 | 03130 | Spremburg |

| Name | Telefonnr. | Adresse | PLZ | Ort |
|-------------|------------|-------------------------|-------|---------|
| JVA Wriezen | 033456/480 | Schulzendorfer Straße 5 | 16269 | Wriezen |

1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte

Weiterhin ist das Misstrauen seitens der Betroffenen gegenüber Anwälten, die DDR-Bürger waren, auf dem Hintergrund der Tatsache groß, dass auch ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS heute Rechtsanwälte sind. Leider ist es der Behörde der Landesbeauftragten nicht möglich, eine Lösung für dieses Probleme herbeizuführen. Ein Beispiel für auftretende Konflikte: Der frühere hauptamtliche Mitarbeiter (Oberstleutnant) des MfS (HA IX – Untersuchungsorgan) und jetzige Rechtsanwalt Frank Osterloh (promovierte über „Politische und völkerrechtliche Aspekte der Arbeit des MfS zur offensiven Zurückweisung der von Staatsorganen bzw. Feindeinrichtungen der BRD ausgehenden Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR“) war als Verteidiger des früheren hauptamtlichen Mitarbeiters, des Arztes Böttger zur Befragung der geschädigten Zeugen, ehemaliger Untersuchungshäftlinge des MfS, im Verfahren vor dem LG Berlin 510 Ks 7/99 berufen (siehe unter 6.2.3.).

1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter des MfS oder in Einzelfällen auch deren Kinder nehmen nur sehr eingeschränkt die Beratungsangebote der Landesbeauftragten wahr. Der Ablauf der Verjährungsfristen hat sich zumindest nach der Erfahrung der Landesbeauftragten in diesem Bereich **nicht** gesprächsfördernd ausgewirkt.

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes

2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes

Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, personalführende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte der Bundesbeauftragten zu beraten. Da die Überprüfungen fast abgeschlossen sind, haben die Anfragen an die Behörde abgenommen. Jedoch erreichen die Landesbeauftragte immer wieder Hinweise von Be-

troffenen, welche bei der Akteneinsicht feststellen müssen, dass Personen über sie berichtet haben, die heute noch im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In Absprache mit den Betroffenen werden diese Hinweise an die personalführende Stelle weitergeleitet. Einige nehmen jedoch aus Angst vor Benachteiligungen von der Weitergabe Abstand. Angesichts der Tatsache, dass die Rehabilitierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, die Unterlagen des MfS noch nicht ganz erschlossen und die Anträge auf Akteneinsicht in Unterlagen des MfS noch lange nicht abschließend bearbeitet sind, kann die Überprüfung auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eingestellt werden.

2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Rehabilitierungsgesetze enthalten Ausschlussstatbestände. Hiernach ist jemand, der gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat oder in schwerwiegenden Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat, von Folgeleistungen ausgeschlossen. Die Rehabilitierungsbehörden sind verpflichtet, dieses zu überprüfen und zu bewerten. Die Landesbeauftragte wird hier in Einzelfällen um eine Bewertung gebeten. Da sich herausgestellt hat, dass mehr Antragsteller als vermutet in diesem Bereich falsche Angaben gemacht und für die Staatssicherheit gearbeitet haben, sollten verstärkt Auskünfte der Bundesbeauftragten auch in diesem Bereich eingeholt werden.

2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

In Sachsen-Anhalt werden alle **Landesbediensteten** nach wie vor auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der DDR überprüft. Die Überprüfung schließt auch die Personen ein, die sich aus den alten Bundesländern bewerben. Das verlangt zum einen der Grundsatz der Gleichbehandlung. Zum anderen gibt es gerade seit 1998 genauere Kenntnisse über die Arbeit des MfS mit Informanten in der alten Bundesrepublik.

Nach Erhalt des Auskunftsbereiches der Bundesbeauftragten wird eine Einzelfallüberprüfung vorgenommen, welche die Wertung von belastenden und entlastenden Momenten beinhaltet. Entschließt sich ein Ressort, einem Mitarbeiter auf Grund einer belastenden IM-Tätigkeit zu kündigen, muss dieser Entschluss noch einmal dem bei der Staatskanzlei 1995

eingerrichteten **Vertrauensrat** zur Überprüfung vorgelegt werden, welcher jedoch im Berichtszeitraum nicht tagte.

Die Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes ist bis auf Neueinstellungen fast abgeschlossen. Die öffentliche Diskussion ist nach wie vor sehr angeregt, wenn es um die Beschäftigung ehemaliger inoffizieller und hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS im öffentlichen Dienst oder in anderen öffentlichen Bereichen geht. Das zeigen die Debatten um die Beschäftigung von Mitarbeitern des MfS im MDR in der letzten Zeit. Zu einer zu diesem Problem vom Bürgerkomitee Leipzig am 7.2. 2001 organisierten Podiumsdiskussion kamen über 700 Personen. In der Presse wurden hierzu zahlreiche Artikel und auch Leserbriefe veröffentlicht, welche deutlich werden lassen, dass die Überprüfung dieser Bereiche auch nach 10 Jahren für notwendig erachtet wird. In Warin (Mecklenburg-Vorpommern) wurden z. B. kürzlich 653 Unterschriften unter eine Erklärung gesammelt, welche sich gegen die Beschäftigung eines IM als Hauptamtsleiter aussprach (Schweriner Volkszeitung, Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 16.2. 2001).

Gewählte Angehörige des Landtages und der Kreistage sowie Gemeinderäte sollten sich ebenfalls auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS überprüfen lassen. In Sachsen-Anhalt wird in diesem Bereich unterschiedlich gehandelt. So lassen sich z. B. die sachkundigen Einwohner der Ausschüsse des Kreistages Saalkreis überprüfen, während sich in anderen Bereichen niemand überprüfen lässt. Die folgenden Tabellen geben im einzelnen Auskunft darüber. Aus Platzgründen wurde auf eine detailliertere Veröffentlichung verzichtet. Die einzelnen Zahlen können jedoch bei der Landesbeauftragten eingeholt werden.

Aus Sicht der Landesbeauftragten ist es für eine Beendigung der Überprüfung auf jeden Fall zu früh. Der Dezember 2006, den das Stasi-Unterlagen-Gesetz als Schlusspunkt hinter die Überprüfungsmöglichkeit setzt, ist ausreichend, gerade auch vor dem Hintergrund, dass weder die Rehabilitierungsanträge noch die Anträge auf Akteneinsicht abschließend bearbeitet sind.

2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen
Landtag, Staatskanzlei und Ministerien

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendet Arbeitsverhältnisse | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidungs steht noch aus | waren bereits ausgedienten | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AGVG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|---|------------------------|---|-------------------------------|---|--|---------------------------------------|--|------------------------------|----------------------------|--|--|
| Landtagsverwaltung | 150 | 193 | 192 | 188 | 4 | 1 | 2 | 0 | 0 | 1 VG* | 0 |
| Staatskanzlei | 217 | 278 | 276 | 268 | 8 | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ministerium des Innern | 15.681 | 17.185 | 17.112 | 14.403 | 2.709 | 894 | 1.806 | 2 | 7 | 11 | 2 |
| Ministerium der Justiz | 4.422 | 4.693 | 4.477 | 4.220 | 257 | 75 | 128 | 2 | 10 | 3 | 0 |
| Ministerium der Finanzen | 5.011 | 4.464 | 4.432 | 4.287 | 145 | 24 | 109 | 0 | 0 | 8 | 2 |
| Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales | 1.595 | 2.653 | 2.645 | 2.559 | 86 | 7 | 59 | 0 | 1 | 6 AG* 1 VG* | 0 |
| Ministerium für Wirtschaft und Technologie | 627 | 711 | 709 | 679 | 30 | 1 | 12 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt | 4.969 | 5.806 | 5.728 | 5.410 | 318 | 47 | 203 | 0 | 12 | 25 | 8 |

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendet Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|---|------------------------|---|-------------------------------|---|--|---------------------------------------|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Ministerium für Wohnungswesen Städtebau und Verkehr | 1.855 | 2.313 | 2.173 | 2.102 | 71 | 8 | 14 | 49 | 0 | 0 | 4 | 3 |
| Kultusministerium | 46.954 | 68.442 | 63.200 | 60.859 | 2.341 | 692 | | 1.631 | 18 | | | |
| Gesamt: | 81.481 | 106.738 | 100.944 | 94.975 | 5.969 | 1.917 | | 3.999 | 22 | 31 | 59 | 15 |

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Ministerium des Innern mit Regierungspräsidien und nachgeordneten Bereichen

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendet Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|---|------------------------|---|-------------------------------|---|--|---------------------------------------|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Kernverwaltung | 420 | 464 | 464 | 442 | 22 | 17 | 4 | 1 | 0 | 0 | 3 | 0 |
| nachgeordneter Polizeibereich | 11.270 | 12.123 | 12.095 | 9.580 | 2.515 | 793** | | 1.722 | 0 | ** | ** | ** |
| RP Magdeburg | 627 | 1.041 | 1.015 | 972 | 43 | 7 | 19 | 9 | 2 | 6 | 4 | 2 |
| RP Halle | 794 | 821 | 808 | 781 | 27 | 2 | 9 | 16 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| RP Dessau | 564 | 564 | 562 | 546 | 16 | 3 | 7 | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Statistisches Landesamt | 283 | 338 | 337 | 317 | 21 | 2 | 5 | 13 | 0 | 1 | 1 | 0 |
| Landesarchive | 78 | 103 | 103 | 95 | 8 | 2 | 5 | 1 | 0 | 0 | 2 | 0 |
| Vermessungs- und Katasterverwaltung | 1.470 | 1.470 | 1.467 | 1.433 | 34 | 5 | 0 | 29 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| LA für Landesvermessung und Datenverwaltung | 29 | 31 | 31 | 30 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Brand- und Katastrophenschutzschule | 101 | 182 | 181 | 162 | 19 | 0 | 11 | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Institut der Feuerwehr | 21 | 25 | 25 | 22 | 3 | 0 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|--------------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Studieninstitut Sachsen-Anhalt | 24 | 23 | 23 | 23 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gesamt: | 15.681 | 17.185 | 17.112 | 14.403 | 2.709 | 894 | | 1.806 | 2 | 7 | 11 | 2 |

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

** unverhältnismäßig hoher Aufwand zur Ermittlung der Daten nötig

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|-----------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Kernverwaltung | 325 | 414 | 395 | 386 | 9 | 7 | | 2 | 0 | - | - | - |
| nachgeordnete Einrichtungen | 46.629 | 68.028 | 62.805 | 60.473 | 2.332 | 685 | | 1.629 | 18 | - | - | - |
| Gesamt: | 46.954 | 68.442 | 63.200 | 60.859 | 2.341 | 692 | | 1.631 | 18 | - | - | - |

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Zusammenfassung der Daten zum Landtag, der Staatskanzlei und den Ministerien

Anzahl der Beschäftigten in den Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen (Stand 31.12.2001) 81.481

Das sind 6.236 Beschäftigte weniger als im Vorjahr. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da durch die Landwirtschaftsstrukturreform Veränderungen in der Zuordnung des Personals in den Regierungspräsidien Magdeburg und Dessau erfolgt ist.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR (1.243 Anträge mehr als im Jahr 2000) 106.738
Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, welche die Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

| | | |
|--|---------|--------|
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten | 100.944 | |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 94.975 | 94,1 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 5.969 | 5,9 % |
| Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse | 1.917 | 32,1 % |
| Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung | 3.999 | 67,0 % |
| Anzahl der ausstehenden Entscheidungen | 22 | 0,4 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter | 31 | 0,5 % |

Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Stadt Magdeburg | 5.414 | 8.861 | 8.699 | 8.317 | 382 | 82 | 39 | 252 | 0 | 9 | 41 | 2 |
| Stadt Halle/Saale | 5.369 | 1.277 | 1.258 | 1.130 | 128 | 19 | 88 | 21 | 0 | 0 | 3 / 1 | |
| Stadt Dessau | 4.126 | 4.090 | 4.025 | 3.953 | 72 | 3 | 40 | 28 | 1 | 0 | 4 | 1 |
| Altmarkkreis Salzwedel | 646 | 1.214 | 1.037 | 970 | 67 | 23 | 17 | 27 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Anhalt-Zerbst | 477 | 574 | 574 | 537 | 37 | 13 | 8 | 16 | 0 | 0 | 5 | 0 |
| Aschersleben-Staßfurt | 530 | 1.251 | 919 | 878 | 41 | 13 | 3 | 25 (13 WR*) | 0 | 0 | 3 AG* | 3 |
| Bernburg | 380 | 499 | 499 | 472 | 25 | 20 | 4 | 1 | 0 | 0 | 3 | 1 |
| Bitterfeld | 584 | 748 | 745 | 720 | 25 | 2 | 23 | 0 | 0 | 0 | 2 | 1 |
| Bördekreis | 447 | 605 | 604 | 572 | 32 | 23 | 0 | 5 | 0 | 4 | 5 | 1 |
| Burgenlandkreis | 654 | 2.389 | 2.393 | 2.331 | 61 / 1 | 42 | | 13 | 0 | 7 | 8 / 1 | 0 |
| Halberstadt | 1.216 | 1.780 | 1.729 | 1.673 | 56 | 12 | 18 | 23 | 0 | 3 | 7 | 4 |
| Jerichower Land | 1.050 | 567 | 517 | 485 | 32 | 3 | 12 | 9 | 0 | 8 | 1 AG* | 0 |
| Köthen / Anhalt | 760 | 1.589 | 1.589 | 1.547 | 42 IM | 15 | 8 | 13 | 0 | 6 | 8 AG* | 2 |
| Mansfelder Land | 1.469 | 2.246 | 2.243 | 2.198 | 45 | 22 | 20 | 1 | 0 | 2 | 2 | 2 |
| Merseburg-Querfurt | 1.527 | 2.733 | 2.732 | 2.652 | 80 | 4 | 55 | 21 | 0 | 0 | 3 | 0 |
| Ohrekreis | 1.290 | 1.025 | 970 | 922 | 48 | 15 | 9 | 24 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Quedlinburg | 449 | 937 | 937 | 913 | 24 | 7 | 7 | 4 | 0 | 6 | 3 | 0 |
| Saalkreis | 385 | 487 | 456 | 432 | 22 / 2 | 6 | 6 | 11 | 1 | 0 | 0 | 0 |

| | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|--------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Sangerhausen | 342 | 652 | 472 | 453 | 19 | 9 | 4 | 6 | 0 | 0 | 2 | 0 |
| Schönebeck | 889 | 1.093 | 1.044 | 1.015 | 29 | 2 | 23 | 3 | 0 | 1 | 1 | 0 |
| Stendal | 823 | 1.159 | 1.158 | 1.085 | 73 | 38 | 6 | 29 | 0 | 0 | 21 | 2 |
| Weißenfels | 431 | 866 | 866 | 831 | 35 | 17 | | 9 | 0 | 9 | 2 | 1 |
| Wernigerode | 620 | 843 | 843 | 798 | 46 | dazu werden keine Auskünfte erteilt | | | | | | |
| Wittenberg | 742 | 949 | 943 | 902 | 41 | | 24 | 8 | 0 | 9 | 0 | 0 |
| Gesamt | 30.620 | 38.434 | 37.252 | 35.786 | 1.465 | 804 | | 549 | 2 | 64 | 126 | 20 |

IM* = Inoffizieller, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte; WR* = Wachregiment

Anzahl der Beschäftigten in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Stand 31.12.2000) 30.620

Das sind 1.246 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 38.434

Das sind 400 zusätzliche Anträge im Berichtszeitraum. Die Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 37.252

Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 35.786 96 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 1.465 4 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 804 55 %

| | | |
|---|-----|--------|
| Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung | 549 | 37,4 % |
| Anzahl der ausstehenden Entscheidungen | 2 | 0,1 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter | 64 | 4,4 % |
| | | |
| Anzahl der Mitarbeitern mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu denen keine Auskunft erteilt wurde | 46 | 3,1 % |

2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt

| Landkreis | Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis | | Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben | Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990 | Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|------------------------|---|----|---|--|---|---|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Altmarkkreis Salzwedel | 9 | 12 | 630 | 629 | 594 | 22 | 17 | | 5 | 0 | 0 | 6 | 4 |
| Anhalt-Zerbst | 9 | 9 | 749 | 1.220 | 1.190 | 23 | 13 | | 8 | 0 | 2 | 1 | 1 |
| Aschersleben-Staßfurt | 5 | 10 | 636 | 905 | 895 | 10 | 6 | | 4 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Bernburg | 4 | 6 | 537 | 884 | 865 | 13 | 9 | | 4 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Bitterfeld | 9 | 11 | 526 | 2.465 | 2.422 | 30 | 22 | | 8 | | | 4 | |
| Bördekreis | 10 | 11 | 493 | 585 | 571 | 13 | 6 | | 7 | 0 | 0 | 3 | 1 |

| Landkreis | Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis | | Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben | Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990 | Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse | | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|--------------------|---|-----|---|--|---|---|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | | | | Kündigungen | Auflösungsverträge | | | | | |
| Burgenlandkreis | 14 | 15 | 1.352 | 2.063 | 1.993 | 40 | 28 | | 10 | 0 | 2 | 1 | 1 |
| Halberstadt | 5 | 7 | 753 | 946 | 913 | 16 | 7 | | 9 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Jerichower Land | 5 | 10 | 536 | 520 | 511 | 8 | 4 | | 3 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Köthen / Anhalt | 1 | 7 | 28 | 23 | 23 | 0 | | | | | | | |
| Mansfelder Land | 11 | 12 | 1.028 | 996 | 482 | 14 | 11 | | 3 | 0 | 0 | 4 | 0 |
| Merseburg-Querfurt | 12 | 13 | 1.264 | 1.733 | 1.716 | 16 | 8 | | 3 | 2 | 3 | 0 | 0 |
| Ohrekreis | 10 | 14 | 895 | 1.090 | 1.064 | 23 | 9 | | 14 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Quedlinburg | 4 | 6 | 472 | 774 | 757 | 17 | 11 | | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Saalkreis | 6 | 9 | 173 | 136 | 133 | 2 | 1 | | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sangerhausen | 4 | 8 | 481 | 1.020 | 878 | 17 | 7 | | 5 | 0 | 5 | 0 | 0 |
| Schönebeck | 6 | 7 | 732 | 967 | 958 | 4 | 3 | | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Stendal | 14 | 15 | 1.322 | 1.718 | 1.657 | 33 | 23 | | 8 | 0 | 2 | 1 | 1 |
| Weißenfels | 7 | 8 | 689 | 1.070 | 1.007 | 16 | 3 | | 10 | 0 | 3 | 0 | 0 |
| Wernigerode | 5 | 8 | 1.095 | 783 | 735 | 16 | 3 | | 10 | 0 | 3 | 0 | 0 |
| Wittenberg | 10 | 15 | 1.006 | 1.074 | 984 | 34 | 14 | | 19 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Gesamt: | 160 | 213 | 15.397 | 21.601 | 20.715 | 367 | 205 | | 137 | 3 | 22 | 24 | 8 |

| | | |
|--|-----|------|
| Anzahl der angeschriebenen Städte und Verwaltungsgemeinschaften | 213 | |
| Anzahl der Städte und Verwaltungsgemeinschaften, die geantwortet haben | 160 | 75 % |

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die 160 Städte und Verwaltungsgemeinschaften, die auf das Anschreiben geantwortet haben.

Anzahl der Beschäftigten in den Stadtverwaltungen und Verwaltungsgemeinschaften (31.12.2000) 15.397

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 21.601

Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

| | | |
|--|--------|--------|
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten | 20.715 | |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 20.348 | 98,2 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 367 | 1,8 % |
| Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse | 205 | 55,9 % |
| Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung | 137 | 37,3 % |
| Anzahl der ausstehenden Entscheidungen | 3 | 0,8 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter | 22 | 6 % |
| Anzahl der Gerichtsverfahren nach beendeten Arbeitsverhältnissen | 24 | 11,7 % |
| Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Gerichtsverfahren | 8 | 3,9 % |

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da Verwaltungsgemeinschaften, die im Vorjahr nicht geantwortet hatten, in diesem Jahr antworteten. Andere, die im Vorjahr geantwortet haben, haben in diesem Jahr auf das Anschreiben nicht reagiert.

2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)

| Stadtrat/ Kreistag | Wahlperiode 1-90-94 2-94-99 3-99-04 | Anzahl der Mandats-träger | Anzahl der An-träge bei der BStU | Anzahl der Aus-künfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin nieder-gelegte Mandate | weiter-geführte Mandate | Entschei-dung steht noch aus | waren be-reits aus-geschie-den |
|------------------------|--|---------------------------|----------------------------------|--------------------------------|---|--|----------------------------------|-------------------------|------------------------------|--------------------------------|
| Magdeburg | 1 2 3 | 152 57 56 | 147 41 0 | 147 41 | 142 39 | 5 2 | 1 0 | 4 2 | 0 0 | 0 0 |
| Halle/Saale | 1 2 3 | 160 56 56 | 160 41 34 | 160 41 32 | 154 41 32 | 6 0 0 | 6 | 0 | 0 | 0 |
| Dessau | 1 2 3 | 70 50 50 | 70 16 0 | 60 15 | 59 15 | 1 0 | 1 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 |
| Altmarkkreis Salzwedel | 1 2 3 | 45/45/50 47 49 | 45/45/50 41 0 | - 41 | - 39 | - 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| Anhalt-Zerbst | 1 2 3 | 60/40 42 42 | 60/40 41 19 | 60/37 41 - | 58/35 40 | 2/2 1 | 2/2 0 | 0 1 | 0 0 | 0 0 |
| Aschersleben-Staßfurt | 1 2 3 | 36/65 48 48 | - 50 0 | 50 | 47 | 3 | 0 | 3 | 0 | 0 |
| Bernburg | 1 2 3 | 61 42 42 | 61 19 18 | 60 19 18 | 59 19 17 | 1 0 1 | 1 0 0 | 1 | | |

| Stadtrat/ Kreis- tag | Wahlperio- de 1-90-94 2-94-99 3-99-04 | Anzahl der Man- dats- träger | Anzahl der An- träge bei der BStU | Anzahl der Aus- künfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit | Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)* | daraufhin nieder- gelegte Mandate | weiter- geführte Mandate | Entschei- dung steht noch aus | waren be- reits aus- geschie- den |
|-------------------------|---|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Bitterfeld | 1 | 90 | 90 | 90 | 90 | 0 | | | | |
| | 2 | 48 | 40 | 40 | 40 | 0 | | | | |
| | 3 | 48 | 44 | 44 | 43 | 1 HM | 0 | 1 | | |
| Bördekreis | 1 | 41/45 | 41/45 | 41/45 | 39/45 | 2/0 | 2/0 | 0 | 0 | 0 |
| | 2 | 42 | 39 | 39 | 38 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| | 3 | 43 | 37 | 37 | 37 | 0 | | | | |
| Burgenlandkreis | 1 | 51/40/49 | 52/40/46 | 52/40/46 | 45/36/44 | 7/4/2 | 1/4/0 | 6/0/2 | 0 | 0 |
| | 2 | 55 | 46 | 46 | 45 | | 0 | 0 | 0 | |
| | 3 | 49 | 0 | | | 1 | | | | 1 |
| Halberstadt | 1 | 75 | 75 | - | - | - | - | - | - | - |
| | 2 | 43 | 42 | 42 | 42 | | | | | |
| | 3 | 43 | 0 | | | | | | | |
| Jerichower Land | 1 | 60/45 | 62/42 | 62/42 | 54/40 | 8/2 | 3/1 | 5/1 | 0 | 0 |
| | 2 | 43 | 20 | 20 | 16 | 4 | 0 | 4 | 0 | 0 |
| | 3 | 49 | 39 | 36 | 36 | | | | | |
| Köthen | 1 | 72 | 87 | 87 | 81 | 6 | 3 | 3 | 0 | 0 |
| | 2 | 42 | 0 | | | | | | | |
| | 3 | 42 | 0 | | | | | | | |
| Mansfelder Land | 1 | 40/78 | 40/78 | 40/64 | 39/63 | 1/1 | 1/1 | 0 | 0 | 0 |
| | 2 | 51 | 51 | 51 | 51 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | 3 | 49 | 49 | 0 | | | | | | |

| Stadtrat/ Kreis- tag | Wahlperio- de 1-90-94 2-94-99 3-99-04 | Anzahl der Man- dats- träger | Anzahl der An- träge bei der BStU | Anzahl der Aus- künfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit | Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)* | daraufhin nieder- gelegte Mandate | weiter- geführte Mandate | Entschei- dung steht noch aus | waren be- reits aus- geschie- den |
|-------------------------|---|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Merseburg- Querfurt | 1 | 72 | 72 | 72 | 65 | 7 | 3 | 4 | 0 | 0 |
| | 2 | 49 | 49 | 49 | 47 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| | 3 | 49 | 0 | | | | | | | |
| Ohrekreis | 1 | 71/61 | - | - | - | - | | | | |
| | 2 | 48 | 12 | 12 | 11 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| | 3 | 48 | 13 | | | | | | | |
| Quedlinburg | 1 | 75 | 75 | 75 | 71 | 4 | - | 4 | 0 | 0 |
| | 2 | 43 | 26 | 26 | 25 | 1 | - | 1 | | |
| | 3 | 43 | 42 | 7 | 7 | 0 | | | | |
| Saalkreis | 1 | 64 | 64 | 64 | 62 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| | 2 | 43 | 34 | 34 | 34 | 0 | | | | |
| | 3 | 43 | 1 | 1 | 1 | 0 | | | | |
| Sangerhausen | 1 | 69 | 69 | 69 | 64 | 5 | 0 | 5 | 0 | 0 |
| | 2 | 42 | 0 | | | | | | | |
| | 3 | 42 | 0 | | | | | | | |
| Schönebeck | 1 | 75 | 60 | 60 | 54 | 6 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| | 2 | 42 | 0 | | | | | | | |
| | 3 | 42 | 0 | | | | | | | |
| Stendal | 1 | 90/40/51 | 86/40/51 | 81/7/43 | 80/6/43 | 1/1/0 | 1/1/0 | 0 | 0 | 0 |
| | 2 | 54 | | | | | | | | |
| | 3 | 48 | | | | | | | | |

| Stadtrat/ Kreis- tag | Wahlperio- de 1-90-94 2-94-99 3-99-04 | Anzahl der Man- dats- träger | Anzahl der An- träge bei der BStU | Anzahl der Aus- künfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit | Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)* | daraufhin nieder- gelegte Mandate | weiter- geführte Mandate | Entschei- dung steht noch aus | waren be- reits aus- geschie- den |
|-------------------------|---|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Weißenfels | 1 2 3 | 41/40 42 42 | 41/37 27 0 | 41/37 27 | 40/35 27 | 1/2 0 | 1/1 | 0 | 0 | 0/1 |
| Wernigerode | 1 2 3 | 80 42 42 | 80 0 0 | - | - | - | - | - | - | - |
| Wittenberg | 1 2 3 | 60 48 48 | 41 - 0 | - | - | | | | | |
| Gesamt | 1 2 3 | 2.359 1.119 1.113 | 2.092 635 296 | 1.682 634 175 | 1.603 616 173 | 79 18 2 | 36 0 0 | 42 17 2 | 0 0 0 | 1 1 0 |

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsge-
richte

1. Wahlperiode (1990-1994)

| | | |
|--|-------|------|
| Anzahl der Mandatsträger | 2.359 | |
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 2.092 | 89 % |
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten | 1.682 | |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 1.603 | 95 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 79 | 5 % |

| | | |
|--|----|------|
| Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten | 36 | 46 % |
| Anzahl der weitergeführten Mandate | 42 | 53 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger | 1 | 1 % |

2. Wahlperiode (1994-1999)

| | | |
|--|-------|------|
| Anzahl der Mandatsträger | 1.119 | |
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 635 | 57 % |
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten | 634 | |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 616 | 97 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 18 | 3 % |
| Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten | 0 | |
| Anzahl der weitergeführten Mandate | 17 | 95 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger | 1 | 5 % |

3. Wahlperiode (1999-2004)

| | | |
|--|-------|------|
| Anzahl der Mandatsträger | 1.113 | |
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 296 | 26 % |
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten | 175 | |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 173 | 99 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 2 | 1 % |
| Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten | 0 | |
| Anzahl der weitergeführten Mandate | 2 | |

Im Vergleich zum Vorjahr wurden in den Kreistagen 184 weitere Anträge auf Überprüfung gestellt. Damit sind für 26 % der Mandatsträger in Kreistagen der 3. Wahlperiode Anträge gestellt worden. Im Vorjahr waren es nur 10 %. Bei 175 Auskünften waren zwei Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Diese beiden Mandatsträger legten ihr Mandat nicht nieder. 121 Anträge befinden sich noch in der Bearbeitung der Bundesbeauftragten.

2.1.3.5. Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)

| Anzahl der angefragten kreisangehörigen Städte und über die Verwaltungsgemeinschaften angefragten Gemeinden | Anzahl der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die geantwortet haben | Von diesen Städten und Gemeinden, haben eine Anzahl von Städten und Gemeinden Anträge gestellt | | | Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) in den Städten und Gemeinden, die geantwortet haben | | | Anzahl der Einzelanträge, die für die Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) von den Städten und Gemeinden gestellt wurden | | | Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | | | Anzahl der aus diesem Grund erfolgten Mandatsniederlegungen | | |
|---|---|--|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|
| | | 1. WP 1990-1994 | 2. WP 1994-1999 | 3. WP 1999-2004 | 1. WP 1990-1994 | 2. WP 1994-1999 | 3. WP 1999-2004 | 1. WP 1990-1994 | 2. WP 1994-1999 | 3. WP 1999-2004 | 1. WP 1990-1994 | 2. WP 1994-1999 | 3. WP 1999-2004 | 1. WP 1990-1994 | 2. WP 1994-1999 | 3. WP 1999-2004 |
| 1.289 | 897 | 325 | 244 | 105 | 12.711 | 9.960 | 10.060 | 5.039 | 2.577 | 1.102 | 155 | 62 | 6 | 69 | 22 | 1 |

Anzahl der angeschriebenen Stadt und Gemeinderäte (über die Verwaltungsgemeinschaften) 1.289

Anzahl der Städte und Gemeinden (über die Verwaltungsgemeinschaften), die geantwortet haben 897 70 %

Das sind 7 % weniger als im Vorjahr.

Die weiteren Zahlenangaben beziehen sich auf die Städte und Gemeinden, die geantwortet haben:

| | | | |
|--|----------------|-----|------|
| Anzahl der Gemeinden, die Anträge zur Überprüfung stellten | 1. Wahlperiode | 325 | 36 % |
| | 2. Wahlperiode | 244 | 27 % |
| | 3. Wahlperiode | 105 | 12 % |

In der dritten Wahlperiode stellten im Berichtszeitraum weitere 48 Gemeinden einen Antrag auf Überprüfung Ihrer Mitglieder. Somit haben bis jetzt 12 % der Gemeinden, die geantwortet haben, einen Antrag gestellt.

| | | |
|--|----------------|--------|
| Anzahl der Mandatsträger (mit Bürgermeister) | 1. Wahlperiode | 12.711 |
| | 2. Wahlperiode | 9.960 |
| | 3. Wahlperiode | 10.060 |

| | | | |
|---|----------------|-------|------|
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte | 1. Wahlperiode | 5.039 | 40 % |
| | 2. Wahlperiode | 2.577 | 26 % |
| | 3. Wahlperiode | 1.102 | 11 % |

Im Vergleich zum Vorjahr wurden 652 weitere Einzelanträge gestellt. Das sind Anträge für 11 % der gewählten Vertreter in der 3. Wahlperiode.

| | | | |
|---|----------------|-----|-------|
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 1. Wahlperiode | 155 | 3 % |
| | 2. Wahlperiode | 62 | 2 % |
| | 3. Wahlperiode | 6 | 0,5 % |

Die Anzahl der Auskünfte mit Hinweis auf eine Zusammenarbeit ist im Berichtszeitraum auf 6 gestiegen, das 0,5 % der Mandatsträger, für die ein Antrag gestellt wurde.

| | | | |
|---|----------------|----|------|
| Anzahl der Mandatsniederlegungen aus diesem Grund | 1. Wahlperiode | 69 | 45 % |
| | 2. Wahlperiode | 22 | 35 % |
| | 3. Wahlperiode | 1 | 17 % |

2.1.4. Aktualisierung der Auskünfte der Bundesbeauftragten

Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sind trotz fortschreitender Erschließung immer noch erst zu 70 % zugriffsfähig. Das bedeutet, die Auskünfte der Bundesbeauftragten werden auf Grund des erschlossenen Materials gegeben und sind nicht endgültig. Aus diesem Grund wird seitens der Landesbeauftragten in Abständen von einigen Jahren oder auch vor Beförderungen oder Ehrungen ausdrücklich die Beantragung einer aktualisierten Auskunft durch den Arbeitgeber oder die für die Überprüfung zuständige Stelle empfohlen. Im Bereich der Spionageabteilung HVA und deren Folgeeinrichtungen auf Bezirksebene (Abt. XV) könnten sich neue Hinweise in den von den USA kürzlich übergebenen Unterlagen finden.

2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.
- die Gemeinschaft politisch Verfolgter der SBZ/DDR e. V.
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus e. V.
- der Verband der Opfer des Stalinismus e. V. in Anhalt-Köthen
- die Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Mit den Vertretern dieser Vereine fanden wie auch in den vergangenen Jahren regelmäßige Treffen (6 mal) in den Räumen der Landesbeauftragten statt. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Koordinierung gemeinsamer Veranstaltungen und der Diskussion über die gesetzlichen Grenzen und Möglichkeiten der Wiedergutmachung geschehenen politischen Unrechts. Zu bestimmten Themen werden Referenten eingeladen (z. B. von den Außenstellen der Bundesbeauftragten oder der Rehabilitierungsbehörden). Ständig nehmen außerdem Mitarbeiter des Ministerium des Innern und der Regierungspräsidien teil, welche dort für die finanzielle Förderung von Projekten der Vereine zuständig sind. Diese Foren haben die Zusammenarbeit der Verbände und die Kontakte zu den verschiedenen Behörden sehr stabilisiert. Darüber hinaus wurde zwischen

den Vereinen eine Vereinbarung geschlossen, zukünftig ihre Forderungen gemeinsam voran zu bringen.

Auf die Situation der Verbände wurde im letzten Tätigkeitsbericht ausführlich eingegangen. Es wird hier ausdrücklich darauf verwiesen. Im Berichtszeitraum sind diesbezüglich keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Der Landesverband der Opfer des Stalinismus e. V. hat eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für ein Jahr bewilligt bekommen. Dieses hat zur Folge, dass das Büro nun täglich besetzt und der ehrenamtlich tätige Vorstand von der Verwaltungsarbeit entlastet ist.

In Magdeburg stehen dem BSV, der VOS und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt Räume im ehemaligen Vernehmertrakt (Vorderhaus) der MfS-Untersuchungshaftanstalt zur Verfügung. Sie werden von der Stadt Magdeburg und dem Land unterstützt. Dieser Zustand sollte unbedingt erhalten bleiben, denn diese Räume sind unter dem Namen „Zentrum für Menschenrechte“ zu einer Anlaufstelle für betroffene und interessierte Menschen geworden. Die Büros der Kreisverbände befinden sich meist in den Privatwohnungen der Vorsitzenden. Der BSV-Kreisverband Halle ist seit einiger Zeit zeitweise Gast in dem Büro des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. Die Arbeit der Vereine ist unverzichtbar für eine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit. Ihre Form der Betreuung von Verfolgten des SED-Regimes und die Art und Weise der Information der Öffentlichkeit über das erfolgte Unrecht kann nicht einfach durch staatliche Stellen übernommen, sollte aber unbedingt durch sie unterstützt werden! Allen Mitarbeitern sei an dieser Stelle für ihre Arbeit gedankt!

2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz für die Opfer kommunistischer Gewalt von 1945 bis 1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Das Regierungspräsidium Magdeburg teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt zu der Zeit ab 1945 folgendes mit:

Mit Wirkung vom 1.12. 1999 sind die landeseigenen Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft im Regierungspräsidium Magdeburg, Dezernat 37, angesiedelt.

Schwerpunkt der Gedenkstättenarbeit im Jahr 2000 war der Umbau des Stabsgebäudes der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn zu einem modernen Informations- und Dokumentationszentrum, der mit Unterstützung des Bundes erfolgte. Am 30.6.2000 eröffnete Innenminister Dr. Manfred Püchel die neue Dauerausstellung „Die Grenzübergangsstelle Marienborn. Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph“, die in der Zwischenzeit mehr als 70.000 Personen besichtigten. Die Sanierung der weiteren authentischen Objekte auf dem Gebiet der früheren Grenzübergangsstelle Marienborn wird in diesem Jahr fortgesetzt.

Die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg beging im Dezember 2000 mit einer zweitägigen Veranstaltung, an der Referenten aus ganz Deutschland teilnahmen, ihr 10jähriges Jubiläum. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt für die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg im September 2000 anlässlich des 11. Jahrestages der Grenzöffnung in Ungarn die Veranstaltung „DER EISERNE VORHANG HEBT SICH“ durch, zu der insbesondere Opfer der SED-Diktatur eingeladen waren. Staatssekretär Dr. Rainer Holtschneider hielt die Hauptrede.

Die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle führe u. a. im Herbst des letzten Jahres in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR in Sachsen-Anhalt und anderen Partnern die Tagung „Zeitzeugen politischer Haft in der SBZ/DDR – Perspektiven der Wahrnehmung in den Gedenkstätten“ durch. Im Dezember präsentierte sie eine Ausstellung über die dortigen Opfer von SMT-Unrecht. Darüber hinaus fanden in der Gedenkstätte zwei Veranstaltungen zum Thema „Recht und Rechtsprechung in der SBZ/DDR“ statt.

Insgesamt konnten die Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft ihre Ausstrahlungskraft im letzten Jahr deutlich erhöhen. Diese Tatsache schlug sich in einer Zunahme der Zahl der Veranstaltungen und insbesondere ihrer Teilnehmer bzw. der Gäste nieder.

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert. Seit Dezember 2000 ist auch die Stelle des Sächsischen Landesbeauftragten

nach langer Vakanz wieder besetzt. Es zeigt sich, dass auf die Informations- und Beratungstätigkeit dieser Behörden nicht verzichtet werden sollte. Die Tatsache, dass Brandenburg und die alten Bundesländer keinen Landesbeauftragten gewählt haben, wird von vielen Verfolgten des SED-Regimes in diesen Bereichen bedauert. Die vorhandenen fünf Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme, die in Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitierung Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit stehen, geworden. Sie sind darüber hinaus wichtige Kooperationspartner der ehrenamtlichen Vereine, aber auch der mit dieser Thematik befassten Behörden des Bundes und der Länder.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich in der Regel monatlich an wechselnden Orten. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte (wie zum Beispiel die jährliche gemeinsame Veranstaltung mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen), der Verabschiedung von Presseerklärungen und der Diskussion im Zusammenhang mit der Verwendung von MfS-Unterlagen. Hinzu kommt das Kennen lernen von ehrenamtlichen Initiativen und der Arbeit von Gedenkstätten vor Ort durch deren Besichtigung und das Gespräch mit den Mitarbeitern. Im Berichtszeitraum stand die Diskussion über die Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes besonders bei Personen der Zeitgeschichte und Amtspersonen im Mittelpunkt. Die Landesbeauftragten halten hier eine Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes nicht für notwendig. (s. Anhang)

Der regelmäßige Erfahrungsaustausch über psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug und über die Gedenkarbeit in den ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS wird von den Landesbeauftragten durch die Veranstaltung von Tagungen in diesem Bereich gemeinsam unterstützt (unter Punkt 4.). Als Ergebnis der Zusammenarbeit erschien im Berichtszeitraum die gemeinsam herausgegebene Informationsbroschüre „Ehemalige Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“.

2.5. Die Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Außenstellen ihrer Behörde in Magdeburg und Halle

Die Konferenz der Landesbeauftragten traf sich regelmäßig mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, um aktuelle Themen im Umgang mit den Unterlagen der Staatssicherheit zu beraten. Am 29. September 2000 wählte der Deutsche Bundestag Marianne Birthler zur neuen Bundesbeauftragten. Sie löste Joachim Gauck in diesem

Amt ab. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass sich das Stasi-Unterlagen-Gesetz bewährt hat. Ohne eine Öffnung der Akten hätten Menschen nicht rehabilitiert, Straftatbestände nicht geklärt und Informationsdefizite der Betroffenen nicht beseitigt werden können. Die Möglichkeit zur Akteneinsicht muss auch in Zukunft gegeben sein. Die Landesbeauftragten haben sich mit einer Presseerklärung vom 15.12. 2000 hierzu geäußert (s. Anhang) und sich mit der gleichen Forderung im Januar 2001 an den Innenausschuss des Deutschen Bundestages gewandt. Die anderen osteuropäischen Länder sind dem Beispiel Deutschlands gefolgt und haben ihre Akten inzwischen geöffnet.

Die hohe Anzahl der Anträge auf Akteneinsicht beweisen das große Interesse der Bevölkerung an der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes mitgeteilt (Stand: 31.12. 2000):

| | Außenstelle Halle | Außenstelle Magdeburg |
|--|--|--|
| Umfang des Aktenbestandes | 8.172 lfm (inklusive 362 lfm vorvernichteten Materials) | 9.726,5 lfm (inklusive 2.000 lfm vorvernichteten Materials) |
| Davon vom MfS bereits archivierte Unterlagen: | 2.700 lfm (100 % personenbezogen nutzbar) | 2.307 lfm (100 % personenbezogen nutzbar) |
| Unterlagen der Dienststellen: | 5.110 lfm (zuzügl. 362 lfm vorvernichtet) | 5.419,5 lfm (zuzügl. 2000 lfm vorvernichtet) |
| Davon erschlossen: | 3.177 lfm (62,2 %) | 4.021,3 lfm (74,2 %) |
| Gesamtzahl der Anträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992: | 98.544 | 126.205 |

| | Außenstelle Halle | Außenstelle Magdeburg |
|---|-------------------|-----------------------|
| - Anzahl der Anträge pro Jahr: | | |
| 1992 | 37.496 | 42.955 |
| 1993 | 4.981 | 5.262 |
| 1994 | 7.554 | 7.832 |
| 1995 | 10.807 | 12.489 |
| 1996 | 8.225 | 11.051 |
| 1997 | 7.853 | 13.755 |
| 1998 | 6.775 | 12.536 |
| 1999 | 8341 | 11.282 |
| 2000 | 6515 | 9043 |
| - Anzahl der Abarbeitungen: | 91.013 (92,4 %) | 104.888 (83,1 %) |
| - Abarbeitungsstand bei den Anträgen: | Anträge von 1997 | Anträge von 1997 |
| Erstanträge auf Akteneinsicht 2000 pro Monat (durchschnittlich) | 243 | 313 |
| Besucher am Tag/an den Tagen der offenen Tür 2000 | 496 | 800 |
| davon Erstanträge auf Akteneinsicht: | 223 | 360 |

* lfm = laufende Meter

An den **Tagen der offenen Tür** der Außenstellen vom 20.9. bis 1.10. 2000 in Magdeburg und am 21.10. 2000 in Halle beteiligte sich die Landesbeauftragte mit Informationsmaterial und einem Beratungsangebot.

Die Bearbeitung der Anträge auf Akteneinsicht ist sehr arbeitsintensiv. Erwähnung sollten an dieser Stelle die **Karteien** finden, da mit einem enormen Suchaufwand zu allen Antragstellern recherchiert wird. In beiden Außenstellen sind das jeweils über 2 Millionen Karteikarten.

Außenstelle Halle

Monatlich werden in der Außenstelle Halle ca. 2.000 Karteirechercheanträge bearbeitet. Dabei sind für einen Antragsteller auf Akteneinsicht durchschnittlich 123 Karteien zu prüfen. Dabei wird in folgenden 133 Karteien recherchiert:

- 7 zentrale Karteien
- 15 dezentrale Karteien (manuelle Prüfung)
- 111 dezentrale Karteien (Prüfung im behördeninternen Elektronischen Personenregister-EPR)

Darüber hinaus sind bereits 80 Karteien nach sachlichen Gesichtspunkten recherchierbar. Dazu gehören z. B.:

- Fahndungsersuchen zur Einleitung von Reisesperren
- BMK Chemie / Einsatz Erdgastrasse UdSSR
- BMK Chemie / Nachweiskartei für „NSW-Reisekader“ und „Auslandskader“
- Empfänger von Videoaufnahmetechnik aus dem NSW durch den Genex-Geschenkdienst
- Eingaben an das MfS
- Untersuchung einer „Wandschmiererei“ im Alu II-Werk des VEB Chemiekombinates Bitterfeld
- Kerblockkartei der „Erlaubnisinhaber“ (z. B. Gifterlaubnis)
- Kartei negativ-dekadenter Jugendlicher im Bezirk Halle

Eine Besonderheit in dem Aktenbestand der Außenstelle Halle ist die für die Antragsteller in die Recherche einbezogene Kartei der Abt. M (Postüberwachung). Diese 361 lfm* umfassenden Unterlagen, die bei zahlreichen Postkontrollen entstanden sind, bestehen v. a. aus Mikrofiches, auf denen privater und geschäftlicher Briefwechsel festgehalten sind. Außerdem beinhalten sie Anträge zu Personaldokumenten, zu Besuchsreisen sowie zu Fahndungsaufträgen der Abteilung Postkontrolle.

Außenstelle Magdeburg

Monatlich werden ca. 2.400 Karteirechercheanträge bearbeitet.

Für einen Antragsteller auf Akteneinsicht sind 143 Karteien zu prüfen, von denen 135 im EPR erfasst sind.

In ca. 90 Karteien kann nach sachlichen Gesichtspunkten recherchiert werden:

- Kerblockkartei der Erlaubnisinhaber
- Schriftenfahndung
- Fördernde Mitglieder des 1. FCM
- Erfassung von Personen mit der Blutgruppe AB
- Aufklärung von Havarien
- Antidemokratische und strafbare Handlungen
- Reisen in DFA (Dringende familiäre Angelegenheiten)
- Erwerb persönlicher Jagdwaffen
- Ungesetzliche Grenzübertritte

2.6. Zur Arbeit des Beirates der Bundesbeauftragten

Der Beirat bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berät deren Behörde bei der Durchsetzung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Das Land Sachsen-Anhalt ist durch zwei Vertreter in diesem Beirat vertreten. Die Landesbeauftragte führt mit den Beiratsmitgliedern und den Leitern der Außenstellen der Bundesbeauftragten regelmäßige Besprechungen durch. Inhalte waren z. B. die Vorbereitung der Tage der offenen Tür in den Außenstellen sowie die Diskussion über die Umsetzung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes.

2.7. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt

Zum Arbeitskreis „Aufarbeitung“ haben sich im Jahr 1998 folgende Einrichtungen zusammengeschlossen:

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

Landeszentrale für politische Bildung

Kultusministerium Sachsen-Anhalt

Regierungspräsidium Magdeburg mit den Gedenkstätten in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt:

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945–1989

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Politische Stiftungen in Sachsen-Anhalt:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich-Naumann-Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung

Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Halle und Magdeburg

Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

Der Arbeitskreis gibt dem Erfahrungsaustausch zwischen den Institutionen der politischen Bildung über die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR in Sachsen-Anhalt Raum. Dabei werden Formen und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und deren Vermittlung im Rahmen einer teilnehmerorientierten diskursiven politischen Bildung diskutiert.

Die Geschäftsstelle wurde bei der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt eingerichtet.

Der Arbeitskreis trifft sich 6 mal jährlich. Die Tagungen finden wechselseitig in den verschiedenen Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Einrichtungen der politischen Bildung statt. Im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches stehen die inhaltliche Arbeit, die Planung gemeinsamer Veranstaltungen und die Abstimmung von Terminen. Im Berichtszeitraum fanden Beratungen in den Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Halle (Informations- und Dokumentationszentrum) und in Magdeburg (zweimal/Archiv), in der Konrad-Adenauer-Stiftung (Wendgräben), in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge und im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg statt. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit war die Erstellung der Broschüre **„Gedenken, Nach-Denken, Voraus-Denken“**, welche vom Kultusministerium besonders für die Nutzung in den Schulen herausgegeben wurde. Diese Broschüre stellt Gedenkstätten, Dokumentationszentren und andere Einrichtungen in Sachsen-Anhalt vor, welche als außerschulische Lernorte für die historisch-politische Bildung, als Stützpunkte einer demokratischen Erinnerungskultur und als Wegweiser zur Aufarbeitung der Geschichte von 1933 bis 1990 dienen können. Sie wurde an Sekundarschulen, Gymnasien, Fachgymnasien, Sonderschulen, Gesamtschulen und berufsbildende Schulen versandt. Auf einem im Anschluss übermittel-

ten Fragebogen haben die Lehrer die Möglichkeit, sich zum Inhalt und den Verwendungsmöglichkeiten im Unterricht zu äußern.

Veranstaltungen, an denen sich mehrere Teilnehmer des Arbeitskreises beteiligt haben, waren z. B.:

- Die Ausstellung „Mut und Zivilcourage in Deutschland 1933 bis 1989“ (1997)
- „Politische Justiz in der SBZ/DDR und deren ideologische Begründung“ (April 2000)
- „50 Jahre danach – Der Dessauer Schauprozess 1950“ (Szenische Lesung im Dessauer Theater, Mai 2000)
- „Zeugen politischer Haft in der SBZ/DDR – Perspektiven der Wahrnehmung in Gedenkstätten“ (18.10. 2000 Halle)
- „Neue Rechte im Internet“ (6.11. 2000 in Bernburg)

3. Forschung

Wie im vergangenen Berichtszeitraum haben sich wieder Schüler und Studenten mit der Bitte um Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsanträgen an die Behörde gewandt. Sie kamen aus dem gesamten Bundesgebiet und wurden bei der Recherche zu ihren Vorhaben unterstützt. Die Bibliothek der Behörde kann von ihnen benutzt werden. Ein Beispiel für die Forschungsarbeiten junger Menschen ist die Dokumentation der Flucht einer ehemaligen Schülerin des Humboldt-Gymnasiums Magdeburg. Schüler dieser Schule versuchen heute, durch Befragen von Zeitzeugen und Aktenrecherchen die Motivation und den Verlauf der Flucht dieser Schülerin, aber auch den Weggang anderer Schüler aufzuzeigen.

Die folgende Übersicht zeigt die Antragszahlen bei den Landesarchiven in Magdeburg, Merseburg und Oranienbaum. Hier werden u. a. Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt bis 1952, der ehemaligen Räte der Bezirke Halle und Magdeburg sowie die SED-Unterlagen aufbewahrt. Sie geben ebenfalls Hinweise über politische Verfolgung in der SBZ/DDR und können in vielen Fällen die Unterlagen des MfS für die Betroffenen ergänzen.

Anzahl der 2000 gestellten Anfragen einschließlich der unbearbeiteten Vorgänge aus den Vorjahren:

| Grund der Akteneinsicht | Landeshauptarchiv Magdeburg | Landesarchiv Merseburg | Landesarchiv Oranienbaum |
|--|-----------------------------|------------------------|--------------------------|
| Bürgeranfragen – Rehabilitation | 96 | 49 | 13 |
| Bürgeranfragen – Forschung | 61 | 42 | 11 |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation | 994 | 223 | 61 |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung | 69 | 69 | 4 |

Davon im Berichtszeitraum erfolgte Erledigungen (einschl. Eingänge aus dem Vorjahr):

| Grund der Akteneinsicht | Landeshauptarchiv Magdeburg | Landesarchiv Merseburg | Landesarchiv Oranienbaum |
|--|-----------------------------|------------------------|--------------------------|
| Bürgeranfragen –Rehabilitation | 92 | 46 | 13 |
| Bürgeranfragen – Forschung | 57 | 42 | 11 |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation | 557 | 200 | 61 |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung | 64 | 69 | 4 |

Anm.:

Unter dem Begriff „Rehabilitation“ wurden Rehabilitierungs-, Beschäftigungs-, Eigentums- und Verwaltungsangelegenheiten sowie Ermittlungsverfahren zusammengefasst.

Die Behörde bearbeitete im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Berichtszeitraum folgendes Thema:

- Die Ausweichführungsstelle der Bezirksverwaltung Halle des MfS in Ost-
rau

Die Ergebnisse wurden in der Reihe „Sachbeiträge“ veröffentlicht.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Landesbeauftragte ist gesetzlich verpflichtet, über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und besonders auch über deren Folgen zu informieren. Diese Pflicht zur Information schließt auch die „Partner des operativen Zusammenwirkens“ auf Bezirks- und Kreisebene (z. B. Rat des Bezirkes, BDVP, Wehrbezirkskommando, SED-Bezirksleitung, FDJ, FDGB etc.) ein.

Die Behörde der Landesbeauftragten kann sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages in diesem Bereich allerdings nur ausgewählten Schwerpunkten widmen, in der Hoffnung, dass Universitäten und andere Bildungseinrichtungen an diesen Themen weiterarbeiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Behörde besteht in der Herausgabe von Informationsmaterialien, der Durchführung von Veranstaltungen, der Bereitstellung einer Schwerpunktbibliothek und der Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen.

4.1. Broschüren

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ hat sich bewährt und wurde aus diesem Grund beibehalten. Das Interesse ist nach wie vor groß. Die Broschüre „Mit 16 im Roten Ochsen“ war nach wenigen Tagen vergriffen. Ein Nachdruck musste in diesem Fall veranlasst werden. Auf Grund der großen Nachfrage wurde das Schicksal von Herrn Hünerbein noch einmal als Faltblatt veröffentlicht. Diese Form soll für die Vorstellung weiterer Lebensgeschichten beibehalten werden, da sich gezeigt hat, dass die Broschüren in der Reihe „Betroffene erinnern sich“ generell sehr schnell vergriffen sind.

Zunächst werden die Broschüren dem Landtag, der Landesregierung, den Bundestagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt und den mit der Thematik befassten Bereichen des Landes, wie z. B. Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, Rehabilitierungssenaten und Häftlingsverbänden zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden zahlreiche interessierte Einzelpersonen, Multi-

plikatoren und Bibliotheken in den Verteiler für die Neuerscheinungen aufgenommen. Das betrifft insbesondere bundesweit Bibliotheken aus dem ministeriellen, wissenschaftlichen und kommunalen Bereich. Im Berichtszeitraum hat sich der Kreis der regelmäßigen Bezieher von 301 (zum Vergleich: 47 im März 1997) auf 350 erhöht.

Die Broschüren der Behörde haben damit einen festen Platz in der politischen Bildung. Vergriffene Broschüren werden nach wie vor in das Internet eingestellt oder in Einzelfällen auch kopiert.

Die Auflagenhöhe bewegt sich jeweils zwischen 1.000 und 2.000 Exemplaren.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

Reihe „Betroffene erinnern sich“

Hier schildern Menschen ihre persönlichen Schicksale und vor allen Dingen ihre Sichtweise. Diese Möglichkeit trägt zum Verständnis der Opfer des SED-Regimes durch die Öffentlichkeit bei. Den Verfassern helfen das Aufschreiben und vor allen Dingen auch die ausführlichen Gespräche bei der Zusammenstellung der Materialien häufig, mit dem Erlebten fertig zu werden.

Neuerscheinungen:

Nr. 11 **Mit 16 im „Roten Ochsen“**

(Autor: Wolfgang Hünerbein; Auflage: 1.000)

Wolfgang Hünerbein wurde als 16-jähriger Schüler 1970 in Allstedt (Kreis Sangerhausen) verhaftet, weil er mit Flugblättern seine Meinung verbreitet hatte. Mit Sätzen wie „Erkämpft Euch die Freiheit“, „Organisiert Euch“ und „Wir rufen zum Widerstand gegen Ulbricht auf“ wollte er zur Veränderung der DDR, besonders des Schulsystems, aufrufen. 1 Jahr und 10 Monate wurden als Strafe verhängt. In der vorliegenden Broschüre beschreibt Wolfgang Hünerbein die Haftzeit. Hierbei nehmen die Schilderungen der Arbeitsbedingungen im Tagebau in Hohenmölsen und Betonwerk Rathmannsdorf einen bedeutenden Teil ein. Ergänzt werden die Berichte durch Notizen (Tagebuch) seines Vaters zu Verhaftung und Verurteilung sowie durch eigene Tagebucheinträgen zu den Ereignissen des Herbstes 1989. Es ist Wolfgang Hünerbein zu danken, dass er seine Erinnerungen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, um das Bild der DDR zu ergänzen.

Nr. 12 **Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen**

(Autor: Dr. Erhard Raschke; Auflage 2.000)

Die Benachteiligungen von DDR-Bürgern aufgrund des christlichen Glaubens oder der Zurechnung der Eltern zur Intelligenz hatten ihren Höhepunkt besonders in den 50er Jahren. Aber auch die späteren Jahre sind in diesem Bereich von Benachteiligungen gekennzeichnet. Viele Menschen verließen um ihrer eigenen Berufschancen willen, aber auch wegen der Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Kinder das Land. Besonders nach dem „Mauerbau“ war die Flucht aus der DDR nicht nur über die innerdeutsche Grenze, sondern auch über die Grenzen des Ostblockes lebensgefährlich. Dass es Menschen trotzdem bis 1989 versuchten, lässt erkennen, unter welchem enormen Druck sie standen und wie groß Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit waren.

Dr. Erhard Raschke wählte 1964 den Weg über Jugoslawien. In der vorliegenden Broschüre schildert er seine Beweggründe, die Vorbereitungen und vor allen Dingen auch die Flucht selbst mit allen ihren Ängsten. Ergänzt wird seine Erzählung durch Dokumente aus den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit zu seiner Person und zu anderen Vorgängen, die das Klima der Verfolgung christlicher Schüler und Studenten Ende der 50er Jahre in Magdeburg verdeutlichen.

Nachauflagen:

Nr. 8 **Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der SBZ/DDR – Magdeburg. Dokumentation**

(Redaktion: Bund der Stalinistisch Verfolgten, Kreisverband Magdeburg; Auflage: 600)

Vieles hat sich seit der Wende verändert. Doch hinter den sanierten Fassaden vieler Häuser verbirgt sich eine oftmals bedrückende Geschichte. Der Kreisverband Magdeburg des Bundes der Stalinistisch Verfolgten e. V. hat versucht, den Erinnerungen von Betroffenen nachzugehen.

Nr. 11 **Mit 16 im „Roten Ochsen“**

(Autor: Wolfgang Hünerbein; Auflage: 400)

Siehe linke Seite.

Reihe „Sachbeiträge“

Die Reihe „Sachbeiträge“ informiert über die Arbeit der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und vor allen Dingen auch über ihre Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen, wie der Polizei oder den Räten der Bezirke, Kreise und Städte.

Neuerscheinungen:

Nr. 14 Die Sicherungsmaßnahmen zum 1. Mai 1988 in Magdeburg. Eine Materialsammlung

(Autorin: Jutta Gladen; Auflage: 1.200)

Der 1. Mai, der „Kampf- und Feiertag“ der Werktätigen, wurde in der DDR jährlich als „gesellschaftlicher Höhepunkt“ begangen. Im „Neuen Deutschland“ wurden vorher die genehmigten Losungen für die Transparente veröffentlicht, die Kreativität der Werktätigen war aus Angst vor kritischen Äußerungen nicht gefragt. 1988 wurde aus taktischen Gründen angewiesen, bei Losungen der christlichen Friedensbewegung nicht offen einzugreifen, während Forderungen nach Reise- und Ausreisefreiheit nach wie vor hart geahndet und sofort entfernt wurden. Dabei arbeiteten besonders die Deutsche Volkspolizei und das Ministerium für Staatssicherheit Hand in Hand. Die vorliegende Broschüre macht den Anteil beider „Organe“ sowie weiterer „Partner“, etwa der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt, mit zahlreichen Dokumenten am Beispiel des 1. Mai 1988 in Magdeburg deutlich.

Nr. 15 Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys

(Autor: Jens Müller; Auflage: 1.200)

Die Deutsche Demokratische Republik empfand sich immer als der bessere Teil Deutschlands. In der Bundesrepublik hingegen wurde schon einmal Kritikern der Satz entgegen gehalten: „Dann geh doch rüber!“ Die Zahl der „Rückkehrer“ und „Zuziehenden“ ist aber gegenüber den Ausreisenden zu vernachlässigen. Unter denen, die anfangs in die Sowjetisch besetzte Zone und später in die DDR kamen, waren katholische und evangelische Pfarrer, welche sich den ostdeutschen Gemeinden verpflichtet fühlten; einige Kommunisten; junge Menschen, die nicht zum Wehrdienst eingezogen werden wollten, sowie Menschen, die zu ihren Familien zogen. Einige versuchten sich auch auf diese Weise einer Gefängnisstrafe zu entziehen. In den letzten Jahren der DDR kamen zum größten Teil Rentner. Die Gründe hierfür konnten in der vorliegenden Stu-

die nicht endgültig geklärt werden. Die Broschüre schildert die Sicherheitsüberprüfungen und Filter, welche die an der Grenze ankommenden Personen durchlaufen mussten. Die Angst der Organe vor dem Einwandern „andersdenkender“ Menschen und die übergroße Furcht vor Sabotage scheint durch alle Anweisungen hindurch. Die Statistiken belegen, dass viele der Antragsteller zurückgestellt wurden.

Nr. 16 Die Ausweichführungsstelle der Bezirksverwaltung Halle des MfS in Ostrau

(Auflage: 1.200)

Das Anliegen der Broschüre ist es, über die Ausweichführungsstelle der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) allgemein zu informieren. Es werden ein Abriss ihrer Geschichte, die Aufgaben und die Absicherung bis hin zur Auflösung dargestellt. Diese Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Informationen der Behörde

Neuerscheinung:

6. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten (Auflage: 1.500)

Gemeinsam mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. wurde die auch vom Ministerium des Innern geförderte Broschüre „**Bruchzonen. Bilder aus Ostdeutschland 1979–1995**“ von Reinhard Bein herausgegeben. Herr Bein verließ als 17-jähriger Schüler 1957 die DDR, verfolgte die Geschichte in Ostdeutschland aber bis heute sehr aufmerksam. Bei zahlreichen Besuchen entstanden die Fotos, die in dem Buch Texten mit Informationen zum Leben in der DDR gegenüber gestellt wurden.

Anlässlich der Veranstaltung „**Demokratie braucht Erinnerung**“ wurde der von den Landesbeauftragten gemeinsam herausgegebene Tagungsband zu der Konferenz „**Von der Überwindung kommunistischer Diktaturen zum vereinten Europa**“ vom 18.-20. Juni 1999 der Öffentlichkeit übergeben. In ihm befinden sich die Vorträge und weite Teile der Diskussionen.

Die ebenfalls von den Landesbeauftragten gemeinsam herausgegebene Broschüre „**Ehemalige Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR**“ (Auflage: 4.000) informiert nach Bundesändern geordnet sowohl über die Geschichte der Untersuchungsgefängnisse des MfS als auch über die heutige Gedenkarbeit in einigen von ihnen.